

Bezugspreis

Die Galle vertritt... 2.50 M., durch die Post 2.75 M., ausd. Zustellungsgebühr...

Bei anvertraut eingehende Korrespondenz... Besondere nur mit Quellenangabe...

Redaktions- und Geschäftsstelle... Nr. 1140; der Gallestraße Nr. 1133 A...

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Sechshundertziger Jahrgang.

Anzeigen

Werden die Spaltenpreise... 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle...

Erheblich täglich einmal... Sonntag und Montag einmal.

Redaktion und Druck-Geschäftsstelle... Nr. 17; Anzeigen-Geschäftsstelle... Nr. 63...

Nr. 81.

Halle a. S., Donnerstag, den 13. Februar

1909.

Die Reichskohlensteuer.

Die „Liberalen Correspondenz“ schreibt: Es wird jetzt viel von der Ersetzung der Nachschaffsteuer durch eine Reichskohlensteuer gesprochen...

Gestern abend telegraphierte aus Veranlassung des Staatssekretärs Sydow das „Volkswirtschaftliche Bureau des Reichshausamtes“ der „Saale-Zeitung“, daß die Nachricht von dem Preisgeben der Nachschaffsteuer seitens der Regierung und der Ersetzung durch eine Kohlensteuer „bereits gestern demontiert“ sei.

Selbstverständlich begrüßen wir dieses Dementi, das diesmal von der berufenen Stelle ausgeht, mit aufrichtiger Genugtuung. Dem Herrn Staatssekretär möchten wir jedoch gleichzeitig bemerken, daß uns von einem Dementi „vom Tage vorher“ nichts bekannt ist...

So lange die Regierung über den „Reichsanzeiger“ und die „Nordd. Allg. Ztg.“ verfügt, ist doch dort die gegebene Stelle, wo „Dementis“ losgelassen werden können. Oder wollte man sich mit einem nicht-offiziösen Dementi den Rücken frei halten?

Gold und Papier.

Die neue Bankgesetznovelle enthält neben einigen anderen Bestimmungen, durch welche die Reichsbank befähigt werden soll, auch eine Bestimmung, die für die breiten Kreise des Volkes Bedeutung hat...

Nicht jedermann im Volke, der einmal einen braunen oder blauen Schein in die Hand bekam, wird allerdings gewußt haben, daß diese Scheine eigentlich kein geistliches Zahlungsmittel bilden. Man nahm sie jedenfalls mit Vergnügen entgegen. Aber deshalb standen sie doch mit den Goldmünzen nicht auf gleicher Stufe...

Nicht jedermann im Volke, der einmal einen braunen oder blauen Schein in die Hand bekam, wird allerdings gewußt haben, daß diese Scheine eigentlich kein geistliches Zahlungsmittel bilden. Man nahm sie jedenfalls mit Vergnügen entgegen. Aber deshalb standen sie doch mit den Goldmünzen nicht auf gleicher Stufe...

Der Grund für diese Bestimmung war bis zu einem gewissen Grade erzieherischer Natur. Man wollte das im Deutschen Reich neugeborene Volk der Papierwirtschaft entwöhnen, wie sie bis dahin in den meisten deutschen Staaten gang und gäbe gewesen war. Dieses Ziel ist ja auch erreicht worden...

Gerade das letzte Jahr mit seinen hohen Zinssätzen hat nicht zum wenigsten dazu beigetragen, die Internierungslust zu lähmen und dadurch eine wirtschaftliche Reaktion herbeizuführen, ebenso wie jetzt der niedrige Zinssatz und das billige Geld einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung bewirkt...

an seine Stelle Papier setzt, sondern indem man an die Stelle der Barzahlungen die Abrechnung durch Checks und ähnliche Umschreibungen setzt. Damit wird die ganze wirtschaftliche Kraft des Reiches nach Möglichkeit an einer Stelle konzentriert, um von hier aus Handel und Wandel zu befehlen.

Deutsches Reich.

Der Kaiser und das Marokkoabkommen.

Durch ein Telegramm an den deutschen Botschafter in Paris, Fürsten Radolin, dessen Wortlaut wir gestern abend bereits berichteten, hat der Kaiser seine Freude und Genugtuung über das Zustandekommen des Marokko-Abkommens Ausdruck gegeben. Dem Fürsten Radolin, der das Telegramm veröffentlicht, gab Fürst Radolin gestern noch einige Aufklärungen, in denen es heißt:

„Es ist ganz außer Zweifel, daß Se. Majestät Kaiser Wilhelm über den Abschluß des Vertrages große Freude empfindet, da dieses Übereinkommen doch nur der von dem Kaiser jetzt sehr verfolgten Versöhnungs- und Friedenspolitik entspricht. Tatsächlich hat der Kaiser jedesmal die Gelegenheit ergriffen, um Frankreich gegenüber den Wunsch zu bekunden, alle Schwierigkeiten und Reibungen zu vermeiden. Mit diesem Telegramm hat Se. Majestät die Güte, mich ebenfalls in seine Befriedigung hineinzubekommen.“

„An diese Äußerung Radolins knüpft der „Matin“ einen Kommentar in Form einer Unterredung mit einer unserer Pariser Korrespondenten über die Haltung des Deutschen Kaisers gegenüber Frankreich. Diese Persönlichkeit, in der man ein Mitglied der deutschen Botschaft in Paris vermutet, sagt u. a.:

„Seit Beginn der Marokkofriste hat es zweifellos viele Mißverständnisse gegeben, aber weder Frankreich noch der Kaiser wollten diese Mißverständnisse. Nur der Ueberseher gewisser subalternen Agenten hat die beiden Nationen wiederholt in schwierige Situationen gebracht. Jedesmal aber war es der Kaiser, der das Gewicht seiner Autorität in die Waagschale warf, um die Schwierigkeiten zu beseitigen. Nur ungenügend der Kaiser nach Tange, denn er gab sich mühselig Mühe über diesen Schritt. Auch bei der Affäre von Casablanca gab der Kaiser seinen Willen kund, die Angelegenheit so rasch als möglich zu erledigen. Nach Schlichtung des Konfliktes von Casablanca sagte der Kaiser zu einem intimen Freunde: „Ich habe den Befehl erteilt, die Affäre innerhalb 48 Stunden zu erledigen, und alles ist nun glücklich geregelt.“

Nach schwerer war die Aufgabe des Kaisers im Jahre 1905. Damals war die Situation äußerst ernst. Die Diplomaten, die Umgebung des Kaisers, ja die gesamte deutsche Armee wünschte den Krieg mit Frankreich. Frankreichs Rufe lagen damals viel zu wünschen übrig, ein Sieg Deutschlands wäre daher leicht zu erringen gewesen. Trotzdem aber ließ sich der Kaiser durch feinerliche Einflüsse bestimmen, von seiner friedliebenden Haltung abzuweichen.“

Der Generalsekretär des „Matin“ schloß, daß auch das Zustandekommen des deutsch-französischen Vertrages betreffend Marokko das Werk der Friedenspolitik des Deutschen Kaisers gewesen sei.

Wie aus Tange berichtet wird, brachte gestern endlich die „Deutsche Marokko-Zeitung“ den ersten Leitartikel über die deutsch-französische Verständigung. In demselben wird festgestellt, daß die deutsche Presse sich nur zaghaft hervorwagen, Zweifel in der deutschen Presse zu dem Schluß, daß man auf zwei Nationen, die zur Erfüllung des Abkommens notwendig sind, kein Vertrauen setzt, nämlich auf die Ehrlichkeit der französischen Behörden und die Entschiedenheit der deutschen Regierung. Unsere Regierung könne diese Zweifel nur gestreuen, wenn sie in einem ihrer Organe lasse, daß sie die Gründung deutscher wirtschaftlicher Unternehmungen und schärfere wirtschaftliche Betätigung der Deutschen in Marokko befürworten und fördern wolle.

Ein Führer durch die Reichsfinanzreform. Die Vereinigung zur Förderung der Reichsfinanzreform läßt loben den ersten Band eines Werkes erscheinen, das unter dem Titel: Die Reichsfinanzreform unter Mitwirkung hervorragender Sachkenner in Hermann Hüllers Verlag (Preis 60 Pfg.) herausgegeben wird.

Die Vereinigung wendet sich hier mit einem zuverlässigen Beweiser, an dem sowohl Praktiker wie Politiker aller Parteien und Gelehrte mitgearbeitet haben, an die breiten Massen des Volkes und der Steuerzahler. Die Beiträge sind von verschiedenen Gesichtspunkten aus geschrieben, um alle nationalen Richtungen zum Worte kommen zu lassen. „Sie will“ wie das Vorwort betont, „Kenntnis und Verständnis verbreiten nicht nur am heutigen Tage für den Tag, sondern zu dauernder Vertiefung der politischen Einsicht unserer Landsleute.“ Es ist in dem Werke der Versuch gemacht worden, die große Reihe mannigfaltiger Gesichtspunkte, die für die Reichsfinanzreform als eine nationale Lebensfrage des deutschen Volkes geltend gemacht worden sind, wie in einem Brennpunkte zu sammeln, damit so mit einer sofort in die Augen springenden Deutlichkeit und mit überzeugender Macht der Beweisführung auch der Masse der Steuerzahler

sich die Tatsache einprägen, daß es so nicht weiter gehen kann, und daß es einer wirklich durchgreifenden und großartigen Reform bedarf, um die schweren, wie ein Alpdruck auf das gesamte Wirtschaftsleben drückenden Gebrechen unserer Finanzorganisation zu beheben.

Ein Ueberblick über den Inhalt des ersten Bandes ergibt, daß uns zunächst in einem 1. Buche die Notwendigkeit der Reichsfinanzreform vorgeführt wird. Ein 2. Buch behandelt in freier theoretisch-gelehrlicher Darlegung die Finanznot und ihre Enttiefung. Das 3. Buch lobt dem Reich die Notwendigkeit des Bedarfs und Leistungsfähigkeit nach mit dem Schlussergebnis:

„Deutschlands Vermögen und Wohlstand ist im Laufe des letzten Lebensalters enorm gestiegen. Das jährliche Einkommen ist zurzeit auf nicht weniger als 30 Milliarden Mark zu schätzen, und dieses Einkommen wächst von Jahr zu Jahr um 5 Milliarden. Dem steht gegenüber auf der anderen Seite eine Belastung des Deutschen Reiches mit allen Steuern insgesamt von nur wenig mehr als 3000 Mill. Mark oder nicht 10 Mark auf den Kopf der Bevölkerung. Seit 1871 haben 400 bis 500 Millionen neue Steuern hinzukommen, also etwa ein Siebentel der bisherigen Steuerlast, ein Sechstel des jährlichen Volkseinkommens. Kein Vermögiger wird sagen können, daß dies unerträglich ist.“

Ueber die Art, wie diese Steuerlast verteilt werden kann, soll der zweite Teil des Führers Auskunft geben, wobei auch die Erfahrungen des Auslandes zum Vergleich herangezogen werden.

Reichstagswahl im Wahlkreis Alzei-Bingen.

Nach den bisherigen Feststellungen erhielten bei der Reichstagswahl Warrer Kozell (freil. Vp.) 8100, Uebel (Ztr.) 6500, Bader (natf.) 5700, Ubelung (Cos.) 1500 Stimmen. Es fehlen nur noch einige kleine Orte, die aber an dem Ergebnis nichts ändern werden; es ist also Stichwahl zwischen Kozell und Uebel erforderlich.

Bei der Reichstagswahl im Jahre 1907 erhielten der Bund der Landwirte 6585, die Freireinige Volkspartei 6285, die beiden Zentrumskandidaten 6280 und die Sozialdemokraten 1919 Stimmen. Bei der darauffolgenden Stichwahl siegte der Kandidat des Bundes der Landwirte Koller mit 11 841 Stimmen über 9031 freireinige Stimmen.

Die liberale Einigung im Königreich Sachsen.

Die von uns schon vor einigen Tagen angeführt wurde, ist erfreulicherweise am letzten Sonntag erfolgt. In einer gemeinsamen Sitzung des Landesauschusses der freireinigen Volkspartei und des Landesauschusses der freireinigen Vereinigung in Leipzig ist die Taktik für die im Herbst bevorstehenden Landtagswahlen eingehend besprochen und über ein gemeinsames Vorgehen einvernehmliche Einigung erzielt worden. Auch die Wahlkreise sind im einzelnen durchgesehen und die Kandidaturen auf beide Parteien in voller Harmonie verteilt worden. — Die Freunde darüber, daß nach allen Aufregungen über die sächsische Wahlrechtsreform nunmehr ein gemeinsames Vorgehen des sächsischen Liberalismus gesichert erscheint, ist in allen freireinigen Kreisen Sachsens allgemein. Es ist aber auch höchste Zeit zu dieser Einigung, denn schon rücken sich auch die anderen Parteien ungewöhnlich früh zum Wahlkampf. Die Konventionen suchen dabei vor allem die evangelischen Arbeitervereine und sächsischen Mittelständler vor ihren Augen zu spannen, ein Unternehmen, das man ihnen gerade jetzt durch Aufklärung über die Steuern des Reiches und deren Ursachen auf liberale Weise gründlich verbieten möchte. Auch die Nationalliberalen lassen schon in einzelnen Kreisen öffentlich ihre Kandidaten benennen. Da ist es doppelt erfreulich, daß die linksliberalen nunmehr in gesellener Balance und auf klar erkennbarem Wege gemeinsam auf den Kampfbahnen vorrücken.

Wahlrechtsänderung in Alenburg.

Dem Altenburgischen Landtag ist eine Novelle, betreffend die Veränderung des Wahlrechts, zugegangen. Das Wahlrecht erfährt nach der Novelle folgende Veränderungen: Es kommen zwei Wahlbezirke der Städtischen Wählervereine in Alenburg, so daß den Städtischen Wählervereine nur noch sieben Bezirke verbleiben. Dagegen erhalten die Handelskammer, Handwerkerkammer, Landwirtschaftskammer und die nach zu bildende Arbeiterkammer das Recht, je einen Abgeordneten in den Landtag zu wählen. Durch diese Veränderungen erhöht sich in Zukunft die Zahl der Abgeordneten von 30 auf 32.

Parteinachrichten.

Ein allgemeiner Sitauertag ist zum 23. d. M. nach 5 Uhr abends einberufen, auf dem das revidierte Programm des sächsischen Wahlvereins zur Annahme vorgelegt werden soll. Nach dem Entwurf ist das Ziel des sächsischen Wahlvereins die Entsendung von sächsischen Abgeordneten in den Reichstag und den Landtag, denen die Bedürfnisse der Sitauer bekannt und die bereit sind, das sächsische Programm zu vertreten.

Die Forderungen dieses Programm sind, laut Mitteilung der „Königsb. Hart. Ztg.“: Erhaltung der Religion, Erteilung des Religionsunterrichts in der Muttersprache (Beitreibung der Oberpräsidialverordnung vom 24. Juli 1873, und strikte Befolgung der Verordnung der königlichen Regierung zu Gumbinnen vom 17. August 1881), Einleitung ständiger pädagogischer, warrer, Kreisfahrschulinspektoren und zur geprüfter Dolmetscher bei den Gerichten in den

von Titularen bewohnten Gegenden, Befähigung der von der Gemeinde gewählten Lehrer und anderen Beamten, Verantwortlichkeit der Beamten, Erhaltung der Stipendien für Titulare am Gymnasium zu Tüft und an der Universität zu Königsberg, Wiedererrichtung des litauischen Interzells in den Präparandenanstalten, Seminaren und Gymnasien. Ferner auf politischem Gebiet: größere Unterstützung der Landwirtschaft, Verbilligung der Frachten für Vieh, Saat und Düngemittel, Erhaltung der Gewerbefreiheit, Abbruch von Handelsverträgen, die der Landwirtschaft nützlich und dem Handel und Gewerbe nicht schädlich sind, der Neuzug entsprechende Arbeiterlohn, gesetzlich unbeschränkte Freiheit der litauischen Sprache in allen Verordnungen, gerechte Besteuerung der Steuern, keine weitere Beförderung der notwendigen Lebensmittel, als Herings, Salz usw. Die litauische Partei, so heißt es in dem Programmtext weiter, sei eine Partei des Friedens, sie werde bestrebt sein, den Frieden zu erhalten nach außen und innen, und werde sich gegen den inneren Feind, der Gott verleihe und die Autorität der Regierung zu untergraben suche. Die litauische Partei wolle dem Kaiser geben, was des Kaisers, Gott, was Gottes, und den Titularen, was der Titular ist.

Deutscher Reichstag.

200. Sitzung vom 17. Februar, 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Beschlusses über die Einwirkung von

Armenunterstützung auf öffentliche Rechte.

Die Kommission empfiehlt Annahme der Vorlage unter Eingufügung der Bestimmung, daß auch Unterstützungen zum Zwecke der Jugendfürsorge nicht als eine den Verlust öffentlicher Rechte herbeiführende Armenunterstützung gelten soll. Die Kommission beantragt ferner eine Resolution: Den Reichstag zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die hiernach für das Reich einschneidenden Beschränkungen des Verlusts öffentlicher Rechte im Falle von Armenunterstützung auch in den einzelnen Bundesstaaten Geltung erlangen.

Ein Antrag Albrecht (Soz.) will erklären, was diese Resolution antrifft, gleich im vorliegenden Gesetz festlegen; zweitens will er (durch eine Streichung in Ziffer 4 der Vorlage) bestimmen, daß nicht nur die im Form vereinzelter Leistungen, sondern überhaupt alle zur Befriedigung vorübergehender Notlagen gewährten Unterstützungen einen Verlust öffentlicher Rechte nicht nach sich ziehen.

Abg. Siebenbürger (Soz.):

Meine politischen Freunde sind darin einig, daß der Entwurf das bringt, was notwendig war. Ueber den Antrag der Sozialdemokraten ist kaum noch zu diskutieren, soweit er sich auf das Landesrecht bezieht. Auch den anderen sozialdemokratischen Antrag lehnen wir ab. So wie die Kommission den Entwurf vor schlägt, werden wir ihn annehmen.

Abg. Büchse (Soz.):

In der Kommission ist uns schon gesagt worden, Württemberg, Bayern und Sachsen würden sofort ebenso vorgehen, wie das jetzt im Reich geschieht. Von einigen anderen Staaten ist das aber nicht gewiß, deshalb ist es im Interesse eines einheitlichen Rechts besser, sie nehmen unseren Antrag an. Auch unser zweiter Antrag empfiehlt sich, weil er alle Unklarheiten beseitigt.

Unterhaushaltsschreiber Bernth:

Ich bitte, den ersten Antrag der Herren aus verfassungsrechtlichen Bedenken abzulehnen, er greift in die einzelstaatlichen Verfassungen ein und ist daher für die verbündeten Regierungen unannehmbar. Sollten Sie statt dessen die Resolution der Kommission annehmen, so würde der Reichstag nicht verhindern, diese Anregung an die Einzelstaaten weiterzugeben. Auch den zweiten sozialdemokratischen Antrag bitte ich abzulehnen, zumal ohnehin schon die Einführung des Begriffs „vorübergehend“ in das Gesetz nicht ohne Bedenken ist.

Abg. Mayer-Kaufmann (Ztr.):

Meine Freunde müssen auch schon der Resolution ihre Zustimmung aus prinzipiellen verfassungsrechtlichen Erwägungen verweigern, obwohl unsere Vertreter in der Kommission, die sich wohl über die Rechtslage nicht so klar waren, der Resolution aufstimmten.

Abg. Weering (Soz.):

In der Kommission wurde die Resolution einstimmig angenommen, um so bedauerlicher ist die jetzige Stellungnahme des Zentrums.

Im weiteren Verlaufe der Debatte betont

Abg. Dose (fr. Lgg.):

Die haatsrechtlichen Bedenken des Zentrums teile ich nicht. Das Reich ist doch kompetent, sich seine Kompetenz zu erweitern. Das ist doch schon geschehen. Und wenn das Zentrum sogar die Resolution ablehnt, so geschieht das wohl nur, weil es sich hier um Schaffung einheitlichen Rechts im Reich handeln würde und das Zentrum dies prinzipiell ablehnt.

Unterhaushaltsschreiber Bernth:

Auf die Frage der Kompetenz-Kompetenz des Reiches will ich hier nicht eingehen. Sicher ist aber, daß die Annahme des betr. sozialdemokratischen Antrages mit der Verfassung, wie sie jetzt ist, nicht vereinbar ist. Die Veränderung der Verfassung müßte also doch in den dafür gebotenen Formen vor sich gehen.

Hierauf wird die Vorlage in der Fassung der Kommission genehmigt unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge.

Die Resolution wird jedoch nur mit sehr schwacher Mehrheit angenommen, da außer der gesamten Linken nur noch die Mitglieder der wirtschaftlichen Vereinigung dafür stimmen.

Es soll jetzt die zweite Beratung der Novelle zum Gesetz von 1870 wegen

Befestigung der Doppelbesteuerung

folgen.

Es liegen dazu vier Änderungsanträge vor.

Abg. Hoffmann (Mit.):

beantragt aus diesem Grunde Verweisung der Vorlage an eine Kommission.

Das Haus beschließt demgemäß.

Es folgt die erste Beratung der

Novelle zum Bankgesetz.

Diesbezügliche 1. Verärkung der eigenen Mittel der Reichsbank durch Wiederöffnung des Reservefonds (nach Ausschüttung von 3% Proz. Dividende an die Anteilseigner sollen zunächst 10 Proz. des verbleibenden Ueberschusses des Reservefonds zufließen); 2. Erhöhung des freizulegenden Notenumlaufs von bisher rund 478 auf 850 Mill. Mark und zur Zeit der Quartalsausweise auf 750 Millionen; 3. erhalten die Reichsbanknoten den Charakter als gesetzliches Zahlungsmittel, legal tender.

Minderwichtige Neuerungen sind ferner: Die Reichsbank wird zum Ankauf von Schieds ermächtigt; der Kreis der ausländischen Papiere wird ausgedehnt auf Schuldverschreibungen des Reiches; die Reichsbank hat die Befugnis, die Anleihe zu begeben; auch in das Reich sind die ausländischen in bundesstaatliches Schuldrecht eingetragene Forderungen von der Reichsbank lombardiert werden dürfen.

Staatssekretär v. Heimanns-Sollweg:

Die Vorlage beruht auf den Ergebnissen der Verhandlungen der Enquete-Kommission. Diese hat zwar ihre Erörterungen über die Fragen des Depoitenverkehrs noch nicht abgeschlossen. Es liegt mir aber daran, den Mitgliedern der Enquete-Kommission schon jetzt den Inhalt der Vorlage vorzuführen für ihre ausföhrliche Tätigkeit auszusprechen. Der vorliegende Entwurf läßt die Grundlinien unseres Geld- und Bankwesens unangeführt. Dieses System beruht teils auf der Goldwährung, teils auf der Reichsbank. Der Staatssekretär erörtert dann nacheinander alle Punkte der Vorlage. Er betont u. a., daß durch die Wiederöffnung des Reservefonds die Anteilhaber nicht geschädigt würden. Die Dividende von 3% Proz. bleibe den Anteilseignern gesichert und die Dotierung des Reservefonds liege insofern im Interesse der Anteilseigner, als deshalb der Kurs der Anteile mehr steigen werde. Absolut genommen sei das Opfer des Reiches dabei größer, als das der Anteilseigner. Doch ferner etwa infolge der Eröffnung der Reichsbanknoten zu gesetzlichen Zahlungsmitteln die Währung beeinträchtigt werde, sei ausgeschlossen. Er brauche da nur auf England hinzuweisen. Auch die übrigen Punkte der Vorlage geht der Staatssekretär erläuternd durch, um zu schließen: er hoffe auf Annahme der Vorlage, die geeignet sei, den Kredit des Reiches nicht nur zu erhalten, sondern noch zu befestigen.

Abg. Kreis (Soz.):

erinnert daran, wie Deutschland vor Jahresfrist mit seiner Disziplinlosigkeit nach hinter Bulgarien und Serbien rangierte, und wie überhaupt Deutschland an hohen Bandenstandes leide. Dadurch werde auch der Tiefstand im Kurse unserer Staatspapiere veranschaulicht. Doch am allermeisten leide darunter unsere Landwirtschaft, die doch an allen Wühlenden am allerwenigsten schuld sei. Es sei erkrankt, daß die Reichsbankverfassung jetzt weitgehend von dem Bestehen der Reichsbank abgesehen sei. Die Reichsbank sei ein Refektorium für die Wäse und Industrie und sie liege seit der Auflassung bedenklich, daß die Reichsbank eine Zentralstelle für die allgemeine wirtschaftlichen Interessen. Er wolle die Leistungen der Reichsbank nicht kritisieren, meine aber doch, daß die Interessen der Landwirtschaft mehr gewahrt werden könnten. Daß die Reichsbank nicht für den Mittelstand und kleinen Mann da sei, sei offensichtlich, wenigstens aber könne die Reichsbank aus diesen Schädigungen abwehren durch entsprechende Einföhrung einer Verstaatlichung der Reichsbank viele Anbahner. Der Einwand, daß in Kriegzeiten eine Staatsbank viel gefährlicher sei gegenüber dem Zugriff des Feindes, erscheine ihm nicht stichhaltig, denn auch Privatgeber der Reichsbank würden von solchem Zugriff eventuell schwerlich verschont bleiben. Ebenso erscheinen ihm die Gründe nicht durchschlagend, die dazu geführt haben, auf eine Verhärtung des eigenen Kapitals der Reichsbank durch Erhöhung des Aktienkapitals zu verzichten und statt dessen sich lediglich auf eine Wiedererrichtung der Reserveforderungen zu beschränken. Es sei zwar geltend gemacht worden, daß bei einer solchen Verhärtung des Aktienkapitals der Bank entsprechende Massen Sparkapital aus dem offenen Markt herausgenommen werden müßten. Aber der etwa damit verknüpfte Nachteil würde ja doch mehr als ausgeglichen durch die Ueberführung dieses Sparkapitals in das Reichertum der Reichsbank. Gleichwohl seien seine Freunde mit der Wiedererrichtung der Dotierung des Reservefonds einverstanden. Redner beantragt schließlich Verweisung an eine Kommission.

Abg. Speck (Ztr.):

Wird die Vorlage Gesetz, so ist eine Neu-Reaktion des Bankgesetzes unerlässlich. Wie der Redner wünscht auch wir, daß die Reichsbank dem Mittelstande einen niedrigen Bandenstand garantieren könnte. Aber die Motive haben ganz recht, wenn sie sagen: Der Diskont hängt doch nicht von der Reichsbank allein ab, sondern von der ganzen wirtschaftlichen Konjunktur. Im allgemeinen können wir jedenfalls mit den Leistungen unserer Reichsbank zufrieden sein. (Aufe links: Sehr richtig!) Im Gegenseitigen vom Vorredner bin auch ich der Ansicht, daß eine Erhöhung des Grundkapitals für das Betriebskapital und für die Diskontpolitik lange nicht die Bedeutung hat, wie man gewöhnlich meint. Mit der Wiedererrichtung der Reserveforderungen sind wir einverstanden. Der Vorredner meinte, wenn ich ihm recht verstand, die Anteilseigner bezögen eine viel zu hohe Dividende. Er denkt dabei wohl gar, die Anteilseigner seien alle zu pari ausgegeben? Das ist aber nicht der Fall, die letzten Anteilseigner wurden zu 130 Proz. ausgegeben. Die Erhöhung des freizulegenden Notenumlaufs ist zu billigen, sie liegt auch im Interesse eines niedrigen Zinsfußes. Man sollte aber auch den Kreis Anotenbanken das Recht erheben. Ob die Gründe, die vor 10 Jahren dagegen sprachen, noch maßgebend sind, darüber wird uns in der Kommission Auskunft geben sein. Auch der geistlichen Zehntkraft der Reichsbank werden wir man genehmigt zustimmen können. Eine Gefahr für die Goldwährung erwächst daraus nicht, denn für die Reichsbank bleibt ja die Verpflichtung bestehen, ihre Noten in Gold einzulösen. Aber, wenn man der Reichsbank das Privileg gesetzlicher Zehntkraft ihrer Noten gewährt, so sollte man auch den Privatbanken ein weiteres Wirkungsgebiet schaffen.

Abg. Dr. Wendt (Sp.):

Redner hat noch kein Redner der Linken gesprochen, ich habe daher nicht Gelegenheit, jemanden zu widerlegen. (Heiterkeit.) Herr Kreis hat sich durchaus angeschlossen. Es ist nur gut, daß wir noch keine finanzielle Feuerprobe zu bestehen hatten. Bureauführer kann die Reichsbank auch nicht durch eine Verstaatlichung werden. (Beifall der Wäse.) Na, es scheint ja jetzt ein neuer Geist eingezogen zu sein. Das Reich kann jederzeit die Reichsbank übernehmen, das würde rund 150 Millionen kosten. Wir sind besorgt, daß die Interessen des Reichs durch die Vorlage zu wenig vertreten werden. Ist diese Novelle das ganze Resultat der Bankentee, dann hat der Berg ein außerordentlich kleines Mäuschen geboren. Die Erhöhung des Reservefonds ist nach dem Grundgesetz erfolgt: Was? mir den Fels, aber mach' ihn mir nicht nag. In der Kommission wird über ein eventuelles Maximum der Dividende zu sprechen sein. Die Notenentee sollte man überhaupt abschaffen. Die Reichsbankentee laugen für den Verkehr nicht, man sollte sie eingehen. Fort mit den fünf- und zehnmarktscheinen, wir haben ja nun wieder den Taler. Bei einem Preisanstreben in der ganzen Welt zur Feststellung des höchsten und unerschöpflichen Paradieses bekämen wir den ersten Preis. Unerschöpflich ist, man mag sich denken, was man mit dem bestehenden Gesetz eine gute Bankpolitik machen. Sollen der Vorgänger des jetzigen Reichsbankpräsidenten sein System geändert, dann wäre die Kritik nicht so schlimm geworden.

Abg. Dr. Weber (Mit.):

Ueber die Person des früheren Reichsbankpräsidenten Koch haben wir

eine ganz andere Meinung als Dr. Wendt. (Beif. Zustimmung.) Die Bankentee gar ergeben, daß viele von der Rechten geäußerten Wünsche unerfüllbar sind. Herr Kreis uns, daß die Föhrung der Reichsbank nicht angestrichelt wird. Das Verhältniß zwischen Privatbank und Reichsbankverhältnis bedarf der Erörterung; man könnte vielleicht gegenseitig einbringen. Gegen den Vorschlag, man sollte die Noten der Privatbanken von den öffentlichen Kassen in Zahlung genommen werden. Die Notenbankentee entbunden werden.

Weiterberatung Donnerstag 2 Uhr,

Schluß 6 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

33. Sitzung, Mittwoch, 17. Februar.

Am Ministertische: Deßdorf, v. Belsen.

Präsident v. Kroeger eröffnet die Sitzung um 1 Uhr

15 Min.

Die Berggeschnovelle.

Die erste Beratung der Berggeschnovelle und der damit in Verbindung stehenden Anträge wird fortgesetzt.

Abg. Kapiza (Soz.):

Meine Freunde begrüßen diese Vorlage, nicht als ob sie alle berechtigten Wünsche der Bergarbeiter erfüllte, aber sie bedeutet doch einen Schritt vorwärts. Unsere Arbeiter sind ja größtenteils immer ungründlich, und die meisten sind die besonders gut gestellten Arbeiter besonders ungründlich. Das entbindet uns nicht von der Verpflichtung, den bisher niedriger gehaltenen Volkswirtschaften eine organische Fortentwicklung zu ermöglichen. Dann werden diese Kreise sich auch ihrer Verantwortlichkeit für das Wohl der Allgemeinheit bewußt werden. Dazu gibt ihnen die Vorlage einige Gelegenheiten. Die Bestimmung der Vorlage, daß der Sicherheitsmann entlassen werden kann, wenn er sich um Lohnfragen kümmert, ist schädlich. Ist denn zwischen der Arbeiterschaft und dem Lohn einerseits und der Sicherheit des Betriebes beim Zusammenstoß? Selbstverständlich darf der Sicherheitsmann nicht agitatorisch vorgehen. Man soll aber nicht jede Unzufriedenheit als Agitation ansehen, z. B. es nicht großpolitische Agitation nennen, wenn der Sicherheitsmann an seine Kameraden politische Fragen stellt. Das ist keine großpolitische, keine kleinpolitische, das ist überhaupt keine politische Agitation! Leider wird man wohl die Bestimmung politischer Sicherheitsmänner nach Kräften erschweren. Sollen sie kommt der Entwurf wesentlich verbessert aus der Kommission an das Plenum zurück. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Wolff-Dissa (fr. Lgg.):

Auf die großpolitische wie auf die kleinpolitische Agitation hier eingezogen liegt kein Anlaß vor. Das leuchtet aber doch ein, daß der Sicherheitsmann, der den Verkehr zwischen der Arbeiterschaft und der Grubenverwaltung vermitteln soll, der Arbeiterschaft gegenüber mächtig sein muß und mit ihnen in dieser Sprache verhandeln darf. Dieser war die einzig verantwortliche Persönlichkeit im Grubenbetriebe der Betriebsleiter, er war etwa das, was man bei einer Zeitung den Syndikat nennt. (Heiterkeit.) Die Bestimmung der Verantwortlichkeit auf mehrere Personen ist sehr erfreulich. Weniger erfreulich aber ist, daß die Sicherheitsmänner und Arbeiterschüsse die Grube monatlich nur einmal besichtigen dürfen. Und auch die Bürgerföhrung gegen willkürliche Entlassung der Sicherheitsmänner genügen uns nicht, sie sind Kaufkraft. Um sich für die Struktur der Vorlage die richtige, es gilt aber, aus dieser Struktur die Konsequenzen zu ziehen. Wir sind alle darüber einig, daß die Sicherheitsmänner in einer Uebelthätigkeit liegen, wir hoffen aber, daß ihre Einrichtung Ruhe bringt. Wir erlauben dankbar an, daß die Regierung jetzt den Schritt getan, den wir vor Jahren empfohlen haben. Erhebliche Zweifel habe ich, ob es nicht am besten wäre, wenn die Arbeiter ihre Sicherheitsmänner selbst besäßen. Bezüglich der Staat der Sicherheitsmänner, so werden die Arbeiter sagen, er ist ja ein Angehöriger des Staats. Genuß so wird es sein, wenn er von den Arbeitgebern bezahlt wird. Die Sozialdemokraten möchte ich fragen: Woher kommt den plötzlich für Frauen um Staat? (Heiterkeit.) Die Gründe, die hier für die landesgesetzliche und gegen die reichsgesetzliche Regelung der Berggehebung vorgebracht wurden, sind erkrankt. Sie sind nicht neu, und sie sind nicht besser geworden. (Heiterkeit.) Auch die Anschaffung des nationalökonomischen Redners, der Landtag müßte sich doch ein bißchen Sozialpolitik reservieren, ist mir unverständlich. So sprechen alle Partikularen! Sie fordern immer Reservekräfte für die Einzelstaaten. Preußen behält doch wahrlich genug wichtige sozialpolitische Aufgaben für sich übrig — man denke nur an das Landarbeiterproblem — wenn es die Berggehebung dem Reich überläßt! Mit der abstraktesten Einheit in Deutschland ist man allerorts erwartungen entgegen, daß die öffentlich-rechtliche Einheit notwendig sein wird. Dabei haben wir doch in der Gewerkschaft, in der sozialpolitischen Vorarbeiten der Gewerkschaften längst auch einheitliche öffentlich-rechtliche Bestimmungen für ganz Deutschland. Ist dem Bergarbeiter nicht billig, was dem Industriearbeiter recht ist? Der Minister fürchtet, sein Schöpfen mit zu viel Ballast zu belasten, wenn es mit Arbeitern verhandelt wird, die auf eine reichsgesetzliche Regelung hindeuten. Das ist eine unangenehme Vorstellung! Doch nur nicht der Herr Minister damit bewirkt, daß hier bald kein nachfolger Einseß hält und sich zu reichsgesetzlicher Regelung versteht, die Herr Deßdorf heute beschließt! (Beifall links.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. Im Schlußantrag zum Zentrumsantrag umschließt, betr. die Mitwirkung der Bergarbeiter bei der Grubentransporte und die reichsgesetzliche Regelung der Bergarbeiterverhältnisse bemerkt

Abg. Dr. Bell-Essen (Ztr.):

Selbstverständlich werden auch Arbeiterkontrolleure nicht alle Unzulänglichkeiten verhindern, und ich werde es entristet rufen, wenn Herr Reinert sagt, wir wollten weitere Katastrophen herbeiführen, wenn wir die Arbeiterkontrolleure nicht bewilligten. Der Herr Reinert, der sich den Anspruch eines anderen Mitgliedes gemacht hat, hat hier in anderthalb Stunden Rede verlesen, diesen Landtag zu beunruhigen. Welche Unzufriedenheit! (Sehr gut!) Die Sozialdemokraten sind gegen jede gefundene Lösung auf den Boden der heutigen Gewerkschaft. (Abg. Birk, lächerlich!) Bisherig? Das ist es freilich, aber leider ist's auch wahr. (Sehr gut!) recht und im Zentrum.) Herr Reinert hat sich hier um Anwalt der christlichen Bergarbeiter angenommen. Diese Lehren ist unter allen Umständen ab, sie wissen besser, von wem sie vertreten werden wollen. Im Gegensatz zu der Sozialdemokratie fordern wir die Arbeiterkontrolleure nicht aus politischen, sondern aus tatsächlichen Gründen, im Interesse unserer Bergbauindustrie, der Arbeiterschaft und der Arbeitnehmers. Weil die Vorlage wenigstens zu einem Teile der Verhinderung dient, begrüßen wir sie dankbar. Die dankbaren dem Handelsminister besonders dafür, daß er starkes Maß gehalten hat gegenüber den mächtigen Einflüssen, die noch bis

in die letzten Tage die Kasse von Scheitern bringen wollten. In der Sitzung der „Schulz. Ztg.“ die Vorlage sei ein Ertrag der Aufsicht der Sozialdemokratie, kann im Ernst nicht zugunsten der Partei der Nationalisten, deren schädliche Haltung sie nicht voll anerkennt, hier für die landesgesetzliche Regelung eintreten, im Gegensatz zu ihrer Reichstagsfraktion, nimmt sie sehr wunder. Wir leben in der Vorlage ein nationales Wert und werden an ihrer Verbesserung in der Kommission arbeiten. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Frhr. v. Jellih (Hr.)

betont in der Schlusswort zum freikonservativen Antrag Krause, dass das Abgeordnetenhaus bei der Regelung des Berggesetzes das Bestmögliche streben müsse. Der Reichstag habe das radikalste Vorgehen, das es gebe. Dort sei man geneigt, Sozialismus nach unten zu üben. Das Abgeordnetenhaus habe keine Befähigung unterhalb der Reichstagsfraktion der Berggesetzgebung zu handeln und werde es wieder beweisen durch Berücksichtigung der Bedingungsanträge. (Beifall rechts.) Dem Abg. Dr. Crüger erwiderte ich, dass ich bedaure, dass die Reichstagsfraktion keine Bedingungsanträge vorzulegen. Sie haben damit sich an dem Berliner Kongress beteiligt. Wir wollen dem Kongress ein fassliches Mandat erteilen. Wir wollen nicht, dass sozialdemokratische Agitatoren angestellt werden. (Beifall rechts.)

Der Gesetzentwurf geht an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Präs. v. Kroeder

teilt mit, dass die weitere Staatsberatung, wie in dem Vorjahre, fortgesetzt werden soll. Falls nötig, würde er Änderungen vorschlagen. (Murren.) Ein Widerspruch erhebt sich nicht! (Große Heiterkeit.)

Der Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung.

Es folgt die zweite Beratung des Etats der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung. Hierzu liegt ein konservativer Antrag Arens und Gen. vor, den für ein neues Dienstgebäude für das Oberbergamt in Breslau geforderten Betrag von 640 000 Mark um 100 000 Mark zu ermäßigen. Die Kommission wollte nur 20 000 Mark freisetzen.

Bei den Einnahmen bemerkt

Abg. v. Kessel (konf.)

Auch der Bergetat bietet kein günstiges Bild. Zum Teil liegt das allerdings an den beträchtlichen Ausgaben für die neuen Bergwerke. Die alten Werke haben immerhin nennenswerte Ueberschüsse gebracht. Der Wert der Bergwerke ist erheblich zu niedrig veranschlagt. Seine richtige Einschätzung ist aber nötig, wenn wir ein zutreffendes Bild von der Rentabilität und damit ein Urteil über die Leistung der Verwaltung gewinnen sollen. Für jetzt ist der Fehler wohl nicht mehr zu verbessern. Beim nächsten Etat sollte der Minister aber wenigstens für einige in vollem Betrieb befindliche, noch nicht abgebaute Gruben die Höhe der Selbstkosten der Kohlenförderung und der etwaigen Ueberschüsse genau angeben. (Zustimmung.) Gegenüber der Kohlenhegung sind die Arbeitsleistungen zurückgefallen und zeigen sich wieder eine Tendenz nach unten. Warum führt der Fiskus nicht, wie einige oberflächliche Privatgruben, Brämen für regelmäßig bezahlene Schichten ein? Das hat sich doch bewährt. Auch mangelt es an einer zweckmäßigen Zentralisation. Diese wird sich freilich vor der allgemeinen Verwaltungsreform nicht ermöglichen lassen. Mit der fiskaalischen Preispolitik im letzten Jahre sind wir einverstanden, wenn wir auch beachten, dass es nicht möglich war, den Bestrebungen des Kohlenpreisdats auf Zufriedenstellung hoher Preise zu steuern. Namentlich im Interesse der Genossenschaften, wo die Leute mehr zahlen müssen als die Großhändler, beklagen wir das. Wir hoffen, dass wir bald wieder im Bergewesen feste Jahre mit Ueberschüssen von 40 Mill. und mehr erleben. (Beifall rechts.)

Handelsminister Dehnbild:

Da auch einige andere Redner ähnliche Ausführungen wie der Vorredner machen dürften, möchte ich zur Unterstützung der Debatte mich schon jetzt zu den Ausstellungen des Abg. v. Kessel äußern. Die von ihm bemängelte Vermögensaufstellung, die ich der Kommission vorgelegt habe, ist nicht etwa auf Grund der Ausführungen einzelner Redner in der ersten Sitzung ad hoc gemacht, sondern sie ist zusammengestellt auf Grund der Bilanzen der einzelnen Werke seit Jahrzehnten. Das war gewisse Gerechtfame des Fiskus nicht als Vermögensobjekt aufgeführt haben, erklärt sich daraus, dass man diese nicht gut mit einer bestimmten Ziffer einleiten kann, wenn sie nicht fiktiv erhoben sind. Solche Vermögenswerte durch Berechnung usw. hat der Bergetat aber eine ganze Menge. Ich gebe übrigens zu, dass in unsere Rechnungsführung gewisse eine gewisse Unklarheit gekommen ist, seitdem wir angefangen haben, Neuerwerbungen aus den Ueberschüssen der Bergverwaltung zu machen. Unsere letzten großen Anläufe in Westfalen usw. sind ganzlich aus Ueberschüssen erworben. Ich habe schon erogen, wie dieser Unklarheit abzuhelfen ist. Beim nächsten Etat werde ich einen Vermögensnachweis, wie ihn Abg. v. Kessel wünscht, vorlegen, und zwar nicht nur für einzelne Gruben, sondern für den ganzen staatlichen Bergbetrieb. Dann wollen wir uns über die Grundzüge der Ertragsberechnung einigen. Mir kann es ja ganz egal sein, ob ich 7% oder 10 Prozent herauswirtschaftete, wenn ich mich nur in den Grundzahlen für die Verwaltung eine weis mit diesem hohen Laufe. Eine Verleugung der Höhe und Geschwindigkeit des Privat- und des Staatsgruben habe ich abschließen vermieden, bis ich in der Lage bin, eine Vermögensübersicht zu geben. Der Betrag der Arbeitseinkünfte an den bei Hochkonjunktur ist ein allgemein beobachtete Tatsache. Ein großer Teil der Arbeiter ist mit einem bestimmten Arbeitsertrags zufrieden und arbeitet nur gerade soviel, bis er diesen Betrag erworben hat. Auf die Verwaltungsreform ist eingegangen, scheint mir verfrüht.

Abg. Saueremann (Ztr.)

Schwert, dass es dem Staat nicht gelungen ist, einen nennenswerten Einfluss auf die Preispolitik des Kohlenpreisdats zu gewinnen. Er habe zu spät eingegriffen. Auch die Preispolitik des Fiskus sei nicht immer einwandfrei. Das Ausland werde bevorzugt, ausländische Arbeiter werden geworben, mit deren Hilfe die bestimmten Bodenstücke dem Ausland billiger geliefert werden, als dem Inland. Nicht richtig ist, dass die Arbeitsleistungen der Bergarbeiter im allgemeinen zurückgegangen seien. Das mag bei einzelnen Arbeitern der Fall sein, insbesondere bei den ausländischen, die erst eine Zeitlang durchgemacht müssen. In Privatgruben sind Arbeiter entlassen worden, nur weil ihre Frauen tatsächlich sind. Das Oberbergamt in Dortmund behandelt die Arbeitervertreter anders als die Bergwerke. Diesen heißt die Bischof des Oberbergamts offen, ersten leidet man es „aus grundsätzlichen Erwägungen“. In Oberhessen wurden Bergleute auf Arbeiter geworben, weil sie bei der Wahl für das Zentrum stimmten. (Hört hört im Zentrum.)

Ein Beratungsantrag wird angenommen.

Präsident v. Kröner

will u. a. die dritte Sitzung der Arrar-Berathungsgesetze auf die nächste Tagesordnung setzen.

Abg. Hoffmann (Soz.)

behauptet, dass die zweite Sitzung des Berathungsgesetzes für die evangelischen Geistlichen noch nicht beendet sei, da nicht geschäftsordnungsmäßig abgehandelt worden ist. Nach der Geschäftsordnung und der früheren Sitzung des Hauses müsse ein Schlussantrag aus abgelehnt gelten, wenn die Mithimmung zweifelhaft sei. Dies sei, wie die Vorname der Gegenpartei beweist, hier nicht der Fall gewesen. Man habe ihm aber das Wort abnehmen wollen. Es entspringt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte, in der sich Frhr. v. Kröner, Dr. Frölich (Ztr.), Frölich (Mit.) und Frhr. v. Jellih (Hr.) zu und zu den Rednern von Malen der Abg. Hoffmann (Soz.) beteiligen. Dem Abg. Hoffmann wird von allen Seiten entgegengehalten, dass seit Jahrzehnten die jetzige Praxis bestesse, ohne dass Widerspruch erhoben worden wäre, und dass niemand daran gedacht hätte, zu Ungunsten des Abg. Hoffmann die Geschäftsordnung zu verletzen. Herr Hoffmann hätte bei der Abstimmung Einspruch erheben sollen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr: Bergetal; dritte Sitzung der Arrar-Berathungsgesetze; Handelsetat.

Schluss 6 1/2 Uhr.

Ausland.

Silmi Pascha über die Tagesfragen.

Der neue Großwesir Silmi Pascha äußerte sich zu dem Korrespondent des „Matin“, dass das Gerücht, der Sultan beschliesse die Konstitution abzuschaffen, auf Erfindung beruhe. Der Sultan legte Silmi Pascha, die Regierung und die Nation hätten keinen antikonstitutionellen Charakter. Sie würden, wenn es nötig wäre, das neue Regime mit ihrem Leben verteidigen. Ueber die äußere Politik befragt, legte der Großwesir: Unsere Differenzen mit Bulgarien und Oesterreich sind auf dem besten Wege zu einer friedlichen Lösung. Mit Oesterreich haben wir nahezu ein Einverständnis erzielt; es sind nur noch einige unbedeutende Punkte zu regeln, bevor die definitive Unterzeichnung des Uebereinkommens erfolgt. Bulgarien betreffend, haben wir den russischen Vorschlag im Prinzip angenommen. Einige Details sind noch zu regeln, worüber der russische Vorschlag noch die endgültigen Instruktionen seiner Regierung abwartet. Es betrifft die Entschädigungssumme, deren Betrag sich auf 125 Millionen und nicht auf 120 Millionen beläuft.

Ein Audienz bei Sultan Hafid.

Der marokkanische Botschafter des „Matin“ hatte vor einigen Tagen eine Audienz beim Sultan von Marokko, über die er folgendes berichtet: Zu Beginn der Unterhaltung erinnerte ich den Sultan absichtlich daran, dass er einst gelagt hatte, von Frankreich habe ich nur die Stimme der Kanonen gehört. Sultan Hafid war offenbar nicht angenehm davon berührt, kramen gemacht zu werden, er antwortete aber freundlich: „Ich habe Frankreich immer sehr geliebt und jetzt, da ich einen offiziellen Vertreter gesehen habe, kann ich sagen: Regnault ist nicht nur ein Freund für mich, sondern ein wahrer Bruder.“ Auch dem General d'Amade soll Hafid sein Vorgehen in Marokko verziehen haben, er stellte ihm den eingeborenen Befehlshaber und Kaisers stets als Muster eines Truppenführers hin. Ferner habe Hafid betont, dass zwischen ihm und Regnault, während der verschiedenen Unterredungen, die beide bisher hatten, niemals die geringste Meinungsverschiedenheit aufgetaucht sei. Von dem Vogi hat Hafid eine sehr geringe Meinung. Im übrigen lie Hafid aber sehr einflussig und gar schweigend gewesen, da er die diplomatischen Ermahnungen oder Verhandlungen mit Regnault nicht mitteilen wollte.

Halle und Umgebung.

Salte a. S. 18. Februar.

Auf dem Schlacht- und Viehhof.

wurden im Dezember v. J. 831 Stück Großvieh, 1597 Rälber, 1015 Schafe, 4006 Schweine geschlachtet. Das stellt einen erheblichen Rückgang gegen das Vorjahr dar, eine Abnahme dieser Schlachtungen um 290 Stück.

Zugunommen hat dagegen die Zahl der geschlachteten Pferde. 1907 wurden im Dezember 252 Stück geschlachtet, im letzten Dezember jedoch 276.

Beide Tatsachen, die Abnahme der Schlachtungen der Rinder und Schweine sowie die Zunahme der Pferde-schlachtungen illustrieren so recht die wirtschaftliche Depression.

Enteignungsrecht.

Der Stadtgemeinde Halle ist jetzt, wie amtlich bekanntgegeben wird, auf Grund des Gesetzes vom 11. Juni 1874 das Recht verliehen, das zur Ausführung der Nationalisations erforderliche Grundstücke im Wege der Enteignung zu erwerben oder dauernd zu beschränken.

Zur Ausführung des Saale-Eltzer-Kanals

Leipzig-Creppau ist in das Leipziger Handelsregister die Firma Leipziger Kanalgesellschaft m. b. H. eingetragen worden.

Zur Prüfungsordnung für Ärzte.

Nach der Prüfungsordnung für Ärzte vom Jahre 1901 hatten Kandidaten, die die ärztliche Vorprüfung nach den früheren Vorschriften schon vollständig bestanden hatten oder sie bestanden, nachdem sie bis spätestens 1. Oktober 1903 zur Ablegung der ärztlichen Prüfung gemeldet hatten, auch die ärztliche Prüfung nach den früheren Vorschriften abzulegen. Kandidaten, die sich nicht spätestens bis zum 1. Oktober 1903 zur ärztlichen Prüfung gemeldet hatten, mussten sich der ärztlichen Prüfung unter Wiederholung der ärztlichen Vorprüfung nach den Bestimmungen der neuen Prüfungsordnung unterziehen. Jetzt hat der Bundesrat beschloffen, dass das Gleiche gelten soll auch von solchen nach den früheren Vorschriften zugelassenen Kandidaten, die die ärztliche Prüfung nicht spätestens bis zum 1. Oktober 1912 vollständig bestanden haben.

Auszeichnung. Dem im Oktober v. J. nach Frankfurt am Main übergesiedelten Privatdozenten in der medicinischen Fakultät Professor Dr. Leiter ist der Charakter als „Geheimer Sanitätsrat“ verliehen worden.

Die erste Wagenstall. Es sind zu Anfang dieses Jahres bei der preussisch-österreichischen Eisenbahnverwaltungen sämtliche Eisenbahndirektionen erneut angeordnet worden, bei den Personenzügen die erste Wagenklasse nach und nach auszugliedern.

Zoologischer Garten. Morgen, Freitag, nachmittags, konzertiert das Leipziger Tonkünstler-Orchester. Das Programm ist auf die Festtagszeit gestimmt und enthält daher vorwiegend Kompositionen heteren Genres, von denen wir folgende nennen: Humoreske nach berühmten Mustern über das Volkstied „Kommt ein Vogel geflogen“. Das bekannte Thema erhebt darin in Bezug auf zeitliche und instrumentale Behandlung eine Weigerung, mit der die Auffassung berühmter Komponisten in Vergleich verjucht wird. Weiter stehen vorzueinander: „Musikertische“, humoristische Intermezzo, „Der Brautentländer“, allgemeines Lied „Geh, nach der Fenster auf!“ usw. Natürlich kommt in dem Konzert auch die erste Kunst zu Worte. Unter anderem gelangt die Tschaikowskische „Suite pour grand Orchestre, suite de la partition du ballet „Casse-Patelette“ („Der Fußmader“) zum Vortrag. Solistisch betätigen sich die Herren Schaeffl und Kerler; ersterer bringt eine große Konzert-Fantaisie für Klavier nach Motiven aus „Mehers“, „Deron“, letzterer das Lied „Ich habe einst ein schönes Vaterland“ von Lassen für Sopraane zu Gehör. Die Eintrittspreise sind nicht erhöht.

Apollon-Theater. Die mit so großem Erfolg gegebene Pöle „2 u 15“ wird nur noch einige Male aufgeführt. Ab Sonntag geht die urwüchsige Räiner Bauernposse „Ein Sprüher nach Berlin“ über die Bretter. Nachmittags 4 Uhr gelangen zu kleinen Preisen die beiden Possen „Der rote Hahn“ und „Die Herren von Magim“ zur Aufführung.

Bruno Hebrichs Konservatorium für Musik und Theater. Es wird nochmals darauf hingewiesen, dass in der Grundschule des 1. holländischen Konservatoriums an Erwachsene und Kinder schon vom sechsten Lebensjahre ab Unterricht in Klavier, Violine und Cello erteilt wird. Ebenfalls sind Solologklassen für Anfänger eingerichtet.

Eine jeden Regelleber interessierende Mitteilung kommt aus Emben in Ostfriesland. Dem dortigen Ober-Telegraphenassistenten de Vol ist eine Erfindung patentiert worden, durch die das Regelleben automatisch erfolgt. Künftig wird also, falls die Verbindung sich in der Praxis bewährt, die vollständige Gefahr des Regellebens aus der Regelleber verschwinden und statt des jubelnden „Alle Klänge“ des Aufsetzers dann nur eine kumme Nummerzahl den Regelleber anzeigen. Der Automat soll an jeder Regelleber angebracht werden können.

Die Mannpfeilstunde in den Gemeinschaftskassen, Alte Promenade 8, findet diese Woche nicht am Donnerstag, sondern Freitag statt. Leiter: E. F. Broadbent, England.

Provinzial-Nachrichten.

Der Kronprinz im Ueberschwemmungsgebiet.

Stendal, 17. Febr. (Ztr.-Tel. der „Saale-Ztg.“) Kronprinz Friedrich Wilhelm ist um 1/2 Uhr in Seehausen eingetroffen und vom Minister des Inneren, Moltke, empfangen. In seinem Gefolge befanden sich der Landwirtschaftsminister, der Unterrichtsminister, Oberpräsident von Pommern und der Regierungspräsident. Nach Begrüßung durch die Behörde setzte der Kronprinz seine Reise in das Ueberschwemmungsgebiet fort.

Stendal, 17. Febr. Die 25 Kilometer lange Kleinbahn Goldbeck-Werben hat bei Betrieb eingestrichelt, da eine große Strecke des Bahnamtens spurlos verschwunden ist. Das Eis hat die Gleise empor und trieb sie landwärts. 27 Personen haben einen halben Tag lang auf Dächern zugebracht, ehe sie von den Pionieren gerettet wurden.

Professor Seemann f.

? Dessau, 16. Febr. Der hiesigste Hofmaler Professor Otto Seemann ist gestern nachmittag hier im 82. Lebensjahre gestorben.

Er war geborener Dessauer und begann seine künstlerische Laufbahn als Schüler des Hofmalers A. Becker, hier, schloß sich später dem berühmten Porträt- und Tiermaler Franz Krüger an und wurde ebenfalls ein tüchtiger Tiermaler. Nachdem er die Berliner Akademie besucht hatte, ging er nach Paris, verkehrte dort viel mit den Malern und dortigen Schülern, kopierte im Louvre und lehrte schließlich in seine Vaterstadt zurück. Herorragende Landschaften verschafften ihm den Titel eines Hofmalers. Auch wirkte er eine lange Reihe von Jahren als Zeichenlehrer an den Gymnasien von Zerbst und Dessau. Nachdem er 1898 unter Verletzung des Professortitels in den Ruhestand getreten war, widmete er sich ganz der Kunst und besorgte namentlich viel Restaurationsarbeiten in den herzoglichen Galerien zu Dessau und Werth.

Wegen seiner praktischen Tüchtigkeit als Maler war er auch ein tüchtiger Theoretiker, der die Wissenschaft seiner Kunst gründlich beherrschte.

Wintergewitter.

(.) Teuchern, 16. Febr. Gestern abend nach 8 Uhr hatten wir hier ein Wintergewitter mit Schnee und Sturm. Mehrere starke Donnerläufe waren zu hören. Gleichzeitig verlagte auch die elektrische Leitung und ganz Teuchern war dunkel. Ob dies Verlegen mit dem Gewitter zusammenhing, ist wohl nicht anzunehmen, zumal gegen 9 Uhr eine zweite Unterbrechung stattfand, wie überhaupt in der letzten Zeit ziemlich häufig über dergleichen Störungen geklagt werden mußte.

Gegen die Altsteuer.

Leipzig, 16. Februar. Der Zentralverband für Handel und Gewerbe hat in Gemeinschaft mit dem Verbands der Teppich-, Pinoleum- und Möbelfabrikanten Deutschlands (V. d. L. Leipzig) dem Reichstage eine Eingabe unterbreitet und ihn ersucht, dem vom Bundesrat zur Beschlußfassung vorbereiteten Entwurf eines Elektricitäts- und Gassteuergesetzes die Zustimmung zu verlagern.

Raumburg, 16. Febr. (Getreidebeschaff.) In der Nacht vom Sonntag zum Montag sind in dem Eisenbahngüterbahnhof einer hiesigen Großstation 50 Ztr. Weizen und Gerste gestohlen worden. Der Diebstahl hat heute fünf Personen festgenommen, die an der Tat beteiligt sind.

Herberg (Herr), 17. Febr. (Im Schmeine-
stalle) der Witwe Berta Wagner in Nahsdorf wurde in
einem Eimer die Leiche eines neugeborenen Kindes männ-
lichen Geschlechts gefunden. Das Kind lag bis zum Halse
im Wasser und ist wahrscheinlich erstickt. Die Mutter des
Kindes ist die Witwe Wagner, die angibt, daß das Kind
nach der Geburt kein Lebenszeichen von sich gegeben hätte.
Die Untersuchung ist eingeleitet.

Wächter, 17. Febr. (Eine Bürgerver-
sammlung) besloß, den Kultusminister um Errichtung
einer Präparandenanstalt zu bitten.

Mansfeld, 16. Febr. (Sturz von Dage). Der
Schönleinermeister Mühlbach hatte gestern das Unglück,
von Dage des St. Georgen-Hospitals abzufahren. Er fiel
auf seine Lehrtung und dadurch wurde die Nacht des sonst
wahrheitsgemäß tödlichen Sturzes erheblich abgemildert. In-
merhin sind die Folgen noch nicht zu übersehen, da außer
den schweren Verletzungen auch leicht innerliche Ver-
letzungen stattgefunden haben können. Der Lehrtung ist gut
danagement.

Klostermansfeld, 15. Febr. (Schreibergärten.)
Der hiesige Bürgerverein hat es unternommen, die Bildung
von Schreibergärten in die Wege zu leiten. Der Gemeindevor-
stand hat ihm einen größeren, auf der südlichen Seite
von Klostermansfeld belegenen Ackerplan hierzu zur Ver-
fügung gestellt.

Querfurt, 16. Febr. (Ein Verirrter). Der
hellenlose Bierfahrer Beuniger, gab heute früh 8 Uhr vor
dem Hause des Landrats mehrere Renoverstöße ab, indem
er rief: Der Landrat soll raustommen; ich will mich mit
ihm duellieren! Beuniger wurde schließlich in Haft ge-
nommen.

Querfurt, 16. Febr. (Gutsverkauf). Die Schür-
gerische Saatgutwirtschaft in Spielberg ist mit ihren etwa
500 Morgen großen Bändereien durch Kauf in die Hände des
Rittergutsbesizers Grafen von der Schulenburg-Dehler aus
Viburg übergegangen.

Wittenburg, 16. Febr. (Verjähren). Seit dem
27. Januar d. J. ist der dreizehnjährige Schulknabe Otto
Nachtholz aus dem nahen Gießhölzchen verschwunden. Er
hatte zu seinen Altersgenossen davon gesprochen, über Berlin
nach Amerika auszuwandern, so daß zu vermuten ist, daß er
sich ziel- und mittellos noch im Zustande umhertreibt, falls
er nicht einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Der
Staatsanwalt in Erfurt erlucht um Nachrichten über den
Verjähren.

Wittenburg, 16. Febr. (Beim Spielen in den
Tob.). Ein zwölfjähriger Knabe, der bald nach dem Mittag-
essen auf der Straße mit seinen Gespielten viel vernünftige, viel
plötzlich um und war gleich darauf eine Leiche. Eine Darm-
zerreißung soll die plötzliche Todesursache sein.

Delitzsch, 16. Febr. (Eisenbahnunfall). In
der Nacht zum Sonntag sprang beim Rangieren die Güter-
zuglokomotive Nr. 2163 in der Nähe der Station Delitzsch
aus dem Gleise. Die mittels Hilfszuges von Halle beorderten
Arbeiter hatten bis Sonntag nachmittag zu tun, um die
tief in das Erdreich eingegrabene Maschine wieder flott zu
machen. Personen sind nicht verletzt. Die Untersuchung ist
eingeleitet.

Wittenburg, 16. Febr. (Die Stadtverord-
neten) lehnte jegliche Steuererhöhung für den ersten
Fund ab, lehnte aber für den zweiten Hund einen Betrag von
30 Mark fest.

Schiele, 16. Febr. (Sportwetter). Gestern
und vorgestern hatten wir bedeutende Schneefälle, heute
Wetteraufklärung und Sonnenchein. Nachts herrschten
mäßige Kältegrade, während tagsüber die Temperatur an-
gewesen ist. Eine große Winterstille findet vom 26. Februar
bis 1. März statt.

Bernburg, 15. Februar. (Ein weiblicher
Schmiedemeister.) In dem Versicherungsurteil für
Handwerker in der hiesigen Handwerker-Schule beteiligte sich
auch ein „Frauenschmiedegeselle“. Diese Dame, Fräulein
Pauline Sonntag aus Ballenstedt, hat vor einiger Zeit ihr
Eramen als Geselle abgelegt und will es zum Schmied-
meister bringen.

Bernburg, 17. Febr. (Ein Revolvententat.)
Ein von seiner Frau getrennt lebender Mann begehrte gestern
mittag bei seiner Frau, die ein öffentliches Haus in der
Bergrstraße besitzt, Einlass. Da ihm nicht geöffnet wurde,
schob er mit einem Revolver von der Straße aus durch ein
Fenster. Das Geschloß trat eine in der Stunde sich aufhaltende
Frauensperson in den Oberkampf. Die Gestoffene mußte
nach dem Krankenbause geschafft werden. Der Mann wurde
von der Polizei bald darauf in seiner Wohnung verhaftet.

Kelbra, 15. Febr. (Unfall auf der Eisenbahn).
Der achtjährige Sohn des Anpompmeisters F. Jödicke stieg auf
der Eisenbahn unglücklich aus, daß er einen doppelten
Beinbruch erlitt. Er wurde in die eiserne Wohnung
getragen.

Gera, 16. Febr. (Feuersbrunst). Heute nacht
entzünd in einem in der Rotelstraße gelegenen vier-
stöckigen Haus Feuer. Das Gebäude, in dem sich eine Musik-
instrumentenfabrik, sowie ein Aufhallsaal und eine Tisch-
lerer befanden, ist bis auf die Umfassungsmauern niederge-
brannt.

Leipzig, 16. Febr. (Deutscher Steinjer-
tag.) Am Deutschen Buchhändlerhaus hieselbst tagen seit
Montag der zweite deutsche Steinjerstag und der zehnte
Verbandsstag des Bundes deutscher Steinjerherren. Den
wichtigsten Verhandlungsgegenstand bildete die geplante Er-
richtung eines allgemeinen deutschen Arbeiterverbandes
für das Steinjerhandwerk, die genehmigt wurde.

Theater und Musik.

Ziegmann und Zieglinde. (Die Abreise Alois Burgstallers.)

Aus New York, 17. Febr., geht folgendes Original-
tablettament des „Preis-Telegraph“ zu: Großes Aufsehen
erregt hier die plötzliche Abreise des bekannten Wagner-
führers Alois Burgstaller, der von der Direktion der
Metropolitan-Oper die Genehmigung erhielt, sein Gastspiel
vor Ablauf seines Kontraktes abbrechen. Burgstaller
reiste gestern mit der „Komprinsin Gertrude“ nach Deutsch-
land ab. Auf dem Schiff befand sich auch die Sängerin Frau
Fetzner, über deren Beziehungen zu Burgstaller in der
New Yorker Gesellschaft schon seit langem viel gemunkelt wird.

Ein Großstück als Schauspiel. Am Jarehoff fand eine
interessante Liebhabervorstellung statt: „Die Braut von
Messina“ wurde durchweg von Vertretern der Aristokratie

gepielt, und Großfürst Konstantin stellte den Don
Cajar dar. Der Jar wie sämtliche Mitglieder des Jareh-
hauses wohnten der Vorstellung bei, die Jarin war jedoch
daran durch ihren lebendigen Zustand verhindert.

Leipzig, 17. Febr. Zum Besten des Fonds für das
von Prof. W. Klinger zu schaffende Rich. Wagner-Denkmal
für Leipzig sind für Ende April folgende Veranstaltungen
vorgesehen. Am Sonntag, den 25. April soll im Neuen
Theater eine solenne Aufführung der „Meistersinger“
von Richard Wagner stattfinden, und zwar unter Mitwir-
kung mehrerer hervorragender auswärtiger Bühnenkünstler
unter Leitung des artistischen Leiters der Münchener
Hofoper wie der Wagner-Gesellschaft im dortigen Prinz-
regenten-Theater, des Generalmusikdirektors Felix Motz.
Am Montag, den 26. April, wird im Neuen Gewandhaus
ein Rich. Wagner-Konzert stattfinden, dessen Aufführung
das städtische Orchester (Gewandhaus-Orchester), der Riedel-
verein und der Leipziger Lehrer-Gesangverein unter Leitung
des Herrn Kapellmeisters Hagel übernommen haben.

Kunst und Wissenschaft.

Hochschulnachrichten.

Die Zahl der Besucher der Akademie in Frankfurt a. M.
für das Wintersemester betrug 1450 gegen 1187 des vorigen
Wintersemesters. Hierunter sind 277 Kaufleute, 68 Industrielle,
88 Juristen, 19 mittlere Verwaltungsbeamte, 37 akademisch ge-
bildete Lehrer, 123 Lehrer mit Seminarbildung und 104 Leh-
rerinnen. Die Gesamtzahl der akademisch Gebildeten beträgt 260
oder 17 Proz. Das Wintersemester schließt mit der am 6. März
endigenden Woche. Herr Dr. F. Mayer ist am 6. März
als Privatdozent für Chemie zugelassen worden und wird
seine Lehrtätigkeit im nächsten Semester beginnen.

Vermischtes.

Das Grubenunglück in der West-Stanley-Mine.

(Spezialtelegramm des „Preis-Telegraph“.)
PT. London, 17. Febr. Ueber das furchtbare Gruben-
unglück in der West-Stanley-Mine in Nordwest-Durham
werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Es war kurz vor
4 Uhr nachmittags, wenige Minuten vor dem Schichtwechsel,
als eine furchtbare Explosion aus dem Innern der
Grube die Einwohner des am Ausgang des Schachtes ge-
legenen Dorfes erschütterte. Riesengroße Flam-
menscheiben aus dem Stollen hervor, und alle
Verluste, den Brand zu löschen, schlugen fehl. Die Rettungs-
arbeiten sind bis tief in die Nacht erfolglos geblieben. Der
Stollen ist der Hälfte im ganzen zerfallen, da er 240 Meter
unter der Erdoberfläche sich den Grund erreicht. Als die
Explosion erfolgte, war eine Schicht, die aus ungefähr
90 Männern und 47 Jungen besteht, gerade dabei,
die Grube zu verlassen. Die Rettungsmannschaften arbei-
ten bis tief in die Nacht, ohne daß es gelang, mit den in der
Grube eingeschlossenen in Verbindung zu treten, obgleich
man von einem der vier Stollen Geräusche zu hören glaubte.
Die Szenen am Eingang des Schachtes waren herzbe-
rgend. Der ganze Distrikt lebt vom Bergbau und West-Stanley
wie die umliegenden Dörfer werden ausschließlich von Berg-
leuten bewohnt. Gestern nacht um 1/2 12 Uhr ließ es, daß
die Rettungsmannschaften sich dem Grunde des Schachtes
näher, aber daß man kein Zeichen von den eingeschlos-
senen gehört hat. Man fürchtet, daß die gesamte Schicht
toten wurde, die Gemalte der Explosion in den
Stollen, und daß es nicht gelingen wird, irgend einen der von der
Katastrophe erlittenen Bergleute lebend wieder ans Tages-
licht zu bringen.

Nach weiteren einlaufenden Nachrichten gelang es der
Rettungsmannschaft, den Schacht gegen 3 Uhr morgens zu
durchbrechen, und der Zutritt kam mit drei Geringe-
ten zurück. Später wurden noch 27 Mann lebend ge-
funden, doch wurden acht Tote entdeckt. Ueber das
Schicksal der weiteren noch fehlenden 110 Personen liegen
noch keine fihren Nachrichten vor; doch fürchten die Ueber-
lebenden, daß all ihre Kameraden umgekommen sind.

Der Theaterbrand in Acapulco.

Bei dem mehr als 300 Personen ums Leben gekom-
men sind, brach abends während der Vorstellung aus. Um
die neunste Stunde hatte die Vorstellung, eine Aufführung
von kinematographischen Bildern, begonnen. Da entstand an
der Lichtzentrale des hölzernen Gebäudes ein Kurzschluß in
der elektrischen Leitung, und das im Anfang nicht beobachtete
Feuer griff rasend schnell um sich. Der Theaterbau war
unmodern und nicht mit Notausgängen versehen. Dem
Publikum standen nur drei Ausgänge zur Verfügung. Viele
Personen wurden getreten und zerquetscht. Andere wurden
ins Feuer hineingeworfen und kamen in den Flammen um.
Bis jetzt sind 283 Leichen geborgen worden. Unter
den Toten befinden sich viele Familienväter, die ihre unver-
zorgten Kinder zurücklassen.

Bei den Berliner Messerattentaten spielte sich eine e-
rghliche Szene ab. Ein Gastwirt trat auf einem Ge-
schäftswege einen ihm unbekanntem Schußmann in Zivil.
Beide Freunde kamen überein, eine Messerschneidpatrouille
zu bilden. Auf der „Tour“ empfand ein der Gastwirt als
sehr lästig, daß er zwei Hosen angezogen hatte. Er entschloß
sich daher, das eine Paar auf einem Neubau auszuziehen.
Als der Gastwirt damit beschäftigt war, die Anauspredichten
abzulegen, erschienen die drei Wache aufgestellten Mauer
auf der Bildfläche. Sie glaubten, einen Verbrecher vor sich
zu haben und bearbeiteten den armen Gastwirt durch Stock-
schläge ganz jämmerlich. Dann schleppten sie ihn zur Polizei,
wo ihn der Jerrum herausstellte.

Ein Palastmörder im Folgepräsidium. Den Dieben
ist nichts feiler. Gestern wurde sogar im Berliner Folge-
präsidium ein Diebstahl verübt. Während der Kriminal-
kommissar Müller einer Konferenz beiwohnte, wurde ihm
auf dem Korridor vor dem großen Konferenzsaal sein Ueber-
zieher gestohlen.

Eine verhängnisvolle Segelpartie unternahm gestern
nachmittag ein Ehepaar v. Klotow und ein Herr Gün-
ther aus Reichendorf von K a a l l o aus. Infolge eines
heftigen Windstoßes schlug das Fahrzeug um und alle
füllten ins Meer, aus dem sie durch die Mannschaften

anderer Boote gezogen wurden. Die getretete Frau von
Klotow starb aber wenige Minuten nachdem sie ans
Land gebracht worden war. Der Eiseder hatte sie getötet.

Letzte Nachrichten.

Neues Messerattentat in Berlin.

Berlin, 17. Febr. Ein weiteres Messerattentat wurde
heute nachmittag in der Dirschenstraße auf ein 23jähriges
Dienstmädchen verübt. Das Mädchen erhielt, als sie die
Treppe hinabging, einen Stich in die rechte Hüfte, der jedoch
nur eine geringfügige Verletzung hervorrief. Der Täter
ist wiederum entkommen.

Nationalliberaler Kandidat für Hensburg-Appenrade.

Kiel, 17. Febr. Dem „Kieler Neuesten Nachrichten“ zu-
folge haben die Nationalliberalen dem Landtagsabgeordneten
Schiffers die Reichstagskandidatur für den Wahlkreis
Hensburg-Appenrade angeboten. Der Abgeordnete erklärte
sich zur Annahme bereit, für den Fall, daß sämtliche bürger-
lichen Parteien sich auf ihn einigten.

Ein Verwandter als Mörder.

Forstheim, 17. Febr. Als Mörder des Wittbärgermessers
Stendele in Untingen wurde August Reibinger, ein 18jäh-
riger Verwandter des Bürgermeisters, verhaftet. Er hat
bereits ein umfassendes Geständnis abgelegt.

Schneefälle in Südböhmen.

Würgau, 17. Febr. In der vergangenen Nacht fielen
außerordentlich Schneemengen. In den Straßen und der
Umgebung liegt der Schnee höher als vor dem Hochwasser.

Der Jar von Bulgarien in Wien.

Wien, 17. Febr. Jar Ferdinand von Bulgarien traf
heute aus Kofburg hier ein und wird voraussichtlich zwei
Tage hier bleiben.

Ein verheißenes Attentat in Oesterreich.

Widopetz, 17. Febr. Ein hiesiges Mittagsblatt meldet
aus Großwardein, daß ein Oberleutnant jersischer Reita-
ment, welcher der österreichisch-ungarischen Armee ange-
hört, in dem Augenblick verhaftet worden sein soll, als er
den dortigen Polizeikommissar der Garnison in die Wust sprengen
wollte. Der Offizier sei unter Bedeckung eines Hauptmanns
und vier Soldaten nach Agram gebracht worden.

Bestimmung zwischen den Jungtürken und England.

Konstantinopel, 17. Febr. Zwischen den Jungtürken
und dem englischen Vorkaiser soll es eine Verständigung ge-
geben haben. Die Jungtürken fanden eine Deputation zu
dem Vorkaiser, um zu erfahren, ob England ihnen noch
weiter Schutz gewähren würde. Der Vorkaiser soll bei
dieser Gelegenheit seiner Unzufriedenheit Ausdruck gegeben
haben über die Art und Weise, wie Kiamil Pascha entsetzt
worden sei.

Die Albanesen und die Kirchensprache.

Saloniki, 17. Febr. Alle Albanesen christlicher Kon-
fession wünschen die Einführung der albanesischen
Kirchensprache statt der griechischen und haben
eine in diesem Sinne gefasste Eingabe an das Parlament
gemacht.

Erdbeben in Perien.

Teheran, 17. Febr. Amtlichen Meldungen zufolge
haben heftige Erdbeben mehrere Dörferchen in Kuristan
zerstört. Einige 1000 Häuser sind eingestürzt, 5-6000 Men-
schen umgekommen. Die Zahl der Verwundeten steht noch
aus. Mehrere Einzelstellen fehlen.

Ph. Ch. Anog Staatssekretär des Präsidenten Laft.

P. T. Washington, 17. Febr. (Originalablagramm
des „Preis-Telegraph“.) W. H. Laft traf
gestern in Washington ein und hatte sofort eine Reihe wich-
tiger Unterredungen mit hervorragenden republikanischen
Politikern. Senator Philander C. H. Knox suchte
ihm sofort auf und es wird nunmehr offiziell berichtet, daß
Knox auf jeden Fall den Posten des Staatssekretärs in dem
neuen Kabinett Lafts erhalten wird. Die Begrüßung zwischen
Knox und Laft gestaltete sich sehr herzlich. Als jedoch
der Präsident sich für einen seiner Freunde bei Laft
verwendete und dieser ihm abblug, dem Betreffenden das
gewöhnliche Amt zu übertragen, schied der Präsident sich sehr
zu ärgern.

Schwere Anklagen gegen amerikanische Missionäre.

PT. Tokio, 17. Febr. (Originalablagramm
des „Preis-Telegraph“.) Der jüdische koreanische
Minister Song, der den japanischen General-Residenten
Marquis Ito in Korea nach Japan begleitet hat, ge-
währte einem Redakteur des großen japanischen Blattes
„Yasui“ ein Interview, in dem er schwere Anklagen gegen
die amerikanischen Missionäre erhob. Sie werfen sich
auf den Besitz von Waffen und auf die die schärfsten
getretenen Koreaner auf, die die schärfsten
Feinde der bestehenden Verwaltung sind.
Die japanischen Behörden beobachten seit langem das Ver-
halten der Missionäre und sind entschlossen, energische Maß-
regeln gegen sie zu ergreifen, falls sie in der Verbreitung
ihrer revolutionären Bestrebungen weiter fortfahren sollten.
Die Regierung ist fest entschlossen, die Aufwührer mit dra-
sonischer Strenge zu behandeln. Interessant ist ferner die
Mitteilung Song's, daß es nur noch eine Frage der Zeit sei,
daß der koreanische Schattenkaiser dauernd nach Japan über-
siedelt.

Unterhaltungsblatt.

Stolze Herzen. Frei nach dem Englischen von Clara
Rheinau. (Korff.) — Ein schmerzlicher Sieg. Noelleite
von Friedrich Weber. — Sunte Zeitung: Aus Gesprächen
mit dem jüngeren Coquefin. Eisenbahnfahrt in Japan. —
Literatur.

Leitung Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg;
für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport:
Eugen Reinmann; für den Handelsteil: Edwin
Alexander Krog; für den Literaturteil: Friedrich
Gendulat; Druck und Verlag von Otto Hensdel. Sämtlich
in Halle a. S.
— Diese Nummer umloßt 8 Seiten. —
einschließlich „Unterhaltungsblatt“)

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Hallesche Maschinenfabrik und Eisengießerei (vorm. R. Riedel & Kemnitz).

In der gestern abgehaltenen Sitzung des Aufsichtsrats wurde beschlossen, der am 15. März d. J. abzuhaltenden Generalversammlung der Aktionäre für das Geschäftsjahr 1908 eine Dividende von 26 Proz. (wie im Vorjahre) in Vorschlag zu bringen.

Portland-Cement-Fabrik Halle a. S.

In der gestern hier abgehaltenen Sitzung des Aufsichtsrats gelangte der Abschluss für 1908 zur Vorlage.

Der Bruttogewinn einschließlich des Vortrages aus dem Jahre 1907 in Höhe von 17 546,36 Mk. beträgt 173 413,57 Mk. (gegen 249 605,97 Mk. im Vorjahre). Die Abschreibungen sind auf 92 437,37 Mk. festgesetzt (im Vorj. 49 463,82 Mk.).

Der auf den 15. März er. einzuberufenden ordentlichen Generalversammlung soll die Verteilung einer Dividende von 5 Proz. vorgeschlagen werden, bei einem Vortrage von 9502,08 Mk. auf neue Rechnung.

Gewichtseinheit im Zuckerhandel.

Am 10. April 1902 hat der Bundesrat auf Grund des § 35 Absatz 1 Nr. 3 des Börsengesetzes beschlossen, dass der Feststellung des Börsenpreises für Zucker allgemein die Gewichtseinheit von 100 kg zugrunde zu legen sei. Diese neue Notierung von 100 kg dürfte denjenigen von 50 kg entsprechen, welche an den Börsen von Magdeburg und Hamburg von jeher üblich gewesen war. Nachdem sich inzwischen ergeben hat, dass die Durchführung des Beschlusses von 1902 namentlich im internationalen Handel beträchtliche Unzulänglichkeiten hervorruft, hat der Bundesrat in Erwägung genommen, die alte Notierung von 50 kg wieder zuzulassen.

Berliner Börse. Bei Schluss der gestrigen Börse notierten: Kredit 199, Diskonto 188,37, Deutsche Bank 245,30, Kanada 173,62, Paketfahrt 112,75, Nordl. Lloyd 91,75, Russische Anleihe von 1902 85,37, Laurahütte 201,37, Bochumer Guß 223,37, Harz 190,75, Gelsenkirchen 182,25, Berliner Handelsgesellschaft 190,20, Baltimore 113, Phönix 120,75, Dresdner Bank 151,75, Schaaffhausen 136,60, Lombard 178,00, A.-E.-G. 225, 20, Siemens & Halske 201, Deutsche Uebersee 149,25. — Tendenz: Ruhig. Am Kassamarkt notierten folgende: Kappel Masch. 2, Arthur Koppel 1,25, Lapp 2, Delmenhorst Linoleum 3, Nordl. 2, niedriger; Rathenow opt. Ind. 2, Sinner Brauerei 2,50, Adler Fahrrad 5,10, Strube 2, Linke Waggon 3, Panzer 3, Julius Pintsch 4,50, Kartonnagen-Ind. 2,25, Deutsche Gasllöhnt 17, Deutsche Waffenfabr. 3,50, Gebhardt u. König 5, Neue Photogr. Ges. 2, Kahla 1,20, Laurahütte 201,37, Bochumer Guß 223,37, Harz 190,75, Vorwärts Spinnerei 2,75, Frobenz Zucker 2,60, Koschütz Zucker 5,00, Trachenberg Zucker 3, Kattowitz 2,25, Langendörp 3,25.

Londener Börse vom 17. Febr. Es notierten: Engl. Konsols 84,80, Rio Tinto 105,00, Goldfelds 5,00, Steel coal 56,37, Steel trusts, 110,00, Standard Oil 24,00, Anaconda 24,00.

Die **Colburg-Gothaische Kreditgesellschaft** schlägt wieder eine Dividende von 5 Proz. vor.

Preussische Leihhaus zu Berlin. In der Generalversammlung war ein Aktienkapital von 430 000 Mk. vertreten. Die sofort zahlbare Dividende wurde auf 6 Proz. festgesetzt und ein Stelle des durch Tod ausgeschiedenen Konsuls Samesohn Herr Karl Landsberg neu in den Aufsichtsrat gewählt.

Misglückte Kalkülrückführung. Grosses Aufsehen erregt in Magdeburg die Kalkülrückführung der Firma Schelms und Eichler, der die Inhabere der Firma Schelms und Eichler, der im Verdacht steht, betrügerische Manipulationen bei der Gründung von Kalkülrückführungen ausgeführt zu haben. Im Zusammenhang mit dieser Affäre steht der gestern vollführte Selbstmord von Dr. J. Ohn, der einen grossen Teil seines sehr beträchtlichen Vermögens durch die Eichelerschen Gründungen verloren haben soll.

Konsolidiertes Braunkohlen-Bergwerk Caroline bei Offenbach. Akt.-Ges. zu Magdeburg. In dem Geschäftsbericht per 1908 heisst es: „Die Endergebnisse des verflochtenen Jahres können als günstige bezeichnet werden, wieweil die Absatz hinter dem des Vorjahres zurückblieb. Der Bezug von Rohkohle seitens der Kalkindustrie war wiederum ein relativ schwacher, hierzu kam noch dazu, dass auch die Zuckerfabriken einen geringeren Bedarf hatten. In Briquets war der Absatz in den ersten 3 Quartalen ein guter, in dem letzten liess derselbe infolge des milden Winters und infolge von Preisunterbietungen seitens einiger Werke aus dem Halleschen Revier beträchtlich nach.“ Die Kohlenförderung erfolgte ohne nennenswerte Störungen. Auf ihren eigenen Kohlenfeldern hat die Gesellschaft einen neuen Tagebau mit guter Mächtigkeit erbohrt, der den Kohlenreichtum des Werkes nicht unwesentlich erhöht.“ Die Bilanz ergibt einen Bruttogewinn von 896 610 Mk. und nach Abzug der vorgesehene Abschreibungen von 236 023 Mk. abverbleibend zu dem Bilanzgewinn von 222 000 Mk. Rücklage für die Syndikatsabrechnungen von 18 000 Mk. einen Reingewinn von 539 587 Mk., der sich durch den Vortrag von 1907 um 41 464 Mk. auf 572 051 Mk. erhöht. An Dividende gelangen betragsmäßig 30 Proz. zur Verteilung, auf neue Rechnung werden 73 926 Mk. vortragen, bei 1 360 200 Mk. Aktienkapital. In der Bilanz stehen 14 Aktivposten im je 1 Mk. zu Buch.

Braunkohlenwerk Heureka bei Meuselwitz. Die in Leipzig abgehaltene Gewerkschaftsversammlung beschloss die Errichtung einer Zweigloziderlassung in Zeit- oder Meuselwitz. Nach Mitteilung des Grubenvorstandes hat sich das Unternehmen betragsmäßig weiter entwickelt, und kann den Gewerker eine Ausbeute bis zu 50 Mk. in sichere Aussicht gestellt werden.

Zwickauer Steinkohlenbauverein. Dem Rechenschaftsbericht für 1908 zufolge sind 400 000 Tonne Kohlen gefördert, 244 122 Tonne zurück; die Briquetproduktion betrug 5 366 000 Stück (U. V. 3 811 000 Stück). Nach 99 312 (33 014) Mk. Abschreibungen resultiert ein Reingewinn von 80 163 (786 866) Mk., die Dividende soll 300 (270) Mk. pro Aktie gleich 750 000 Mk. betragen.

Leipzig-Borsdorfer Baugesellschaft. Die Generalversammlung genehmigte die Ausschüttung von 9 Proz. Dividende für die Stammaktien und 10 Proz. Dividende für die Prioritätsstammaktien. Das ausstehende Aufsichtsratsmitglied Oskar Wenck wurde wiedergewählt.

A.-G. Aristophat in Taucha. Die Gesellschaft hat jetzt gekündigt in der letzten Generalversammlung gemachten Zusage ihrer sich nach Halbjahresabschluss per 31. Dezember 1908 vor. Danach ergibt sich nach Abschreibungen von 39 269 Mk. und nach Ueberweisung von 12 000 Mk. an Debitorkonten ein Reingewinn von 24 318 Mk. Um den Reingewinn vermindert sich der aus dem Vorjahre übernommene Verlustvortrag auf 1 008 193 Mk.

Kampfgängerminerale Steinhilber & Co., Kommanditgesellschaft auf Aktien zu Leipzig-Plagwitz. In der Aufsichtsratsitzung wurde beschlossen, nach reichlich bemessenen Abschreibungen und Uebertragung einer erheblichen Summe auf neue Rechnung der Generalversammlung, die im Laufe des April stattfindet, für das Geschäftsjahr 1908 die Verteilung einer Dividende von 12 Proz. vorzuschlagen.

Berliner Eispalast. In der ordentlichen Generalversammlung wurde der Abschluss für 1908 genehmigt und die Dividende für das 1 600 000 Mark betragende Stammkapital auf 7 Proz. festgesetzt. Diese ist von 1. März ab bei der Diskontogesellschaft zahlbar. Der Eispalast hat am 1. September 1908 in Betrieb. In den 4 Monaten besuchten ihn 424 933 Personen. Aus dem Billetverkauf wurden 397 055 Mk., aus Pacht und Miete 44 820 Mk., aus dem Restaurationsbetrieb 97 137 Mk. für Zinsen 21 912 Mk. vereinnahmt. Die Betriebskosten errechneten 190 570 Mk. Handlungskosten 15 933 Mk., Steuern 3544 Mk. und Hypothekenzinsen 17 992 Mk., Steuern 67 227 Mk. zu Abschreibungen verwendet, so dass sich ein Reingewinn von 276 096 Mk. ergibt. Hiervon werden 16 640 Mk. dem Reservefonds und 110 000 Mk. dem Dispositionsfonds überwiesen, 20 000 Mk. Tantien gezahlt, 112 000 Mk. zur Ausschüttung der Dividende gebraucht und 736 Mk. auf neue Rechnung vortragen. Wie mitteilt wurde, habe sich auch im neuen Geschäftsjahre der Betrieb bisher in zufriedenstellender Weise entwickelt. Die in der ausserordentlichen Generalversammlung vom 27. Oktober beschlossene Umwandlung der Gesellschaft in eine Aktiengesellschaft mit der Firma „Berliner Eispalast Akt.-Ges.“ und einem Aktienkapital von 1 Mill. Mk. ist inzwischen durchgeführt. Die damit zusammenhängenden Kosten werden aus dem Dispositionsfonds bestreiten. Die 200 000 Mk. neuen Aktien sind zu 110 Proz. an eine Grossbank (Diskontoges.) bezogen. Die Unterhandlungen betreffs Regulierung der Hypotheken sind zu einem befriedigenden Abschluss gelangt. Das ganze Unternehmen hat bisher einen Kostenaufwand von 4 033 392 Mk. erliefert. Die noch im Bau befindlichen Einrichtungen werden aus dem Erlös für die neuen Aktien vollständig bestreiten. Zu Mitgliedern des Aufsichtsrats wurden gewählt die Kaufleute Friedrich Beer, Joseph Brach, Rechtsanwalt Abrahamson, Rechtsanwalt Dr. Bracs, Wirklicher Geheimrat Graf Dönhoff-Friedrichstein, Kommerzienrat Emil Heymann, Direktor Neuhaus (A. Borsig) und Siebenburg (Produkt bei der Diskontogesellschaft).

Syndikate, Verbände u. Vereinigungen.

Das **Kaisyndikat** veröffentlicht über die gestrige Generalversammlung folgenden offiziellen Bericht: „Generaldirektor O r a s s e n b e r g berichtet über den Verlauf des Januar-Geschäfts. Er teilte mit, dass der Januar-Absatz 1909 denjenigen von 1908 um ungefähr 2 Mill. Mk. überschritten hat. Wie sich das Quartalsergebnis gestalten wird, lässt sich in Rücksicht auf die schwankende Witterung, den Wasserstand und die Eisverhältnisse, die eine Verfrachtung nicht zulassen, noch nicht beurteilen. Direktor Schäddekopf berichtete alsdann über das nordamerikanische Geschäft und führte aus, dass sich der Absatz in diesem Jahre gehessert und für die ersten sechs Monate des Jahres allem Anschein nach ein flottierendes Geschäft als in der gleichen Zeit des Vorjahres zu erwarten sei. Den Hauptgegenstand der Tagesordnung bildete der Antrag des Vorsitzenden, nach welchem die Syndikatsmengenverhandlungen auf so lange Zeit auszusetzen sind, bis mit den zurzeit in Förderung befindlichen, ausserhalb des Syndikats stehenden Kaliwerken eine Einigung hinsichtlich der abzuschliessenden Provisionen erzielt ist, bezw. bis sich die Werke einer gleichen Bindung wegen des späteren Verkaufs ihrer Salze unterworfen haben, wie diese seitens der Syndikatswerke im Syndikatsvertrag zu sehen ist. Der Antrag des Aufsichtsrats fand die Zustimmung der Gesellschaft. Die übrigen Gegenstände wurden zum Teil von der Tagesordnung abgesetzt, zum Teil nahm die Versammlung lediglich Kenntnis. Eine Anfrage aus der Versammlung bezüglich der Demission des Generaldirektors Grassmann wurde seitens des Aufsichtsrats dahin beantwortet, dass ihm ein derartiges Gesuch zurzeit nicht vorliege und dass weitere Auskünfte in der Angelegenheit zurzeit nicht gegeben werden könnten.“

Handels-Berichte.

Nationalbank für Deutschland.
Berlin, 17. Febr. (Priv.-Tel.) In der Aufsichtsratsitzung der Nationalbank für Deutschland wurde der Bruttogewinn mit 10 194 195 Mk. gegen 9 553 062 Mk. im Vorjahre festgestellt; der Reingewinn beträgt 6 283 378 Mk. gegen 6 158 293 Mk. im Vorjahre. Als Dividende werden 6 Proz. vorgeschlagen.

Prämien-Kursbericht

der Bankfirma Samuel Zwiensberger, Berlin, 17. Febr. 1909.
Telegraph-Adresse: „Bahnenbank Berlin“.

Die Firma war heute zu nachstehenden Sätzen Verkäufer für Vorräumen bzw. Käufer für Rückprämien:

Vorrämien	Rückprämien	
	März	April
Lombarden	181 ¹ / ₂	189 ¹ / ₂
Brasilianer	146 ¹ / ₂	140 ¹ / ₂
Peruaner	115 ¹ / ₂	110 ¹ / ₂
Canad. Pacific	175 ¹ / ₂	171 ¹ / ₂
Türken-Lose	149 ¹ / ₂	150 ¹ / ₂
Darmstadt B.	134 ¹ / ₂	134 ¹ / ₂
Disc. Comm.	190 ¹ / ₂	191 ¹ / ₂
Berl. Hildages.	171 ¹ / ₂	171 ¹ / ₂
Deutch. Bank	847 ¹ / ₂	847 ¹ / ₂
Preuss. Bk.	847 ¹ / ₂	847 ¹ / ₂
Oesterr. Cred.	301 ¹ / ₂	301 ¹ / ₂
Russenbank	143 ¹ / ₂	144 ¹ / ₂
Dynam. Trust	164 ¹ / ₂	164 ¹ / ₂
Gelsenk.	114 ¹ / ₂	114 ¹ / ₂
Nordl. Lloyd	94 ¹ / ₂	94 ¹ / ₂
Prince Henry	121 ¹ / ₂	121 ¹ / ₂
Gr. Berl. Str.	184 ¹ / ₂	184 ¹ / ₂
9 ¹ / ₂ Reichsb.	87 ¹ / ₂	87 ¹ / ₂
Russen v. 1902	91 ¹ / ₂	91 ¹ / ₂
Bochumer	218 ¹ / ₂	218 ¹ / ₂
Laura	201 ¹ / ₂	201 ¹ / ₂
Deutscher	191 ¹ / ₂	191 ¹ / ₂
Harpener	194 ¹ / ₂	194 ¹ / ₂
Phönix	178 ¹ / ₂	178 ¹ / ₂
D.-Luxemb.	168 ¹ / ₂	167 ¹ / ₂
A. E. G.	228 ¹ / ₂	228 ¹ / ₂

Vorräumen per März: Lombarden 181¹/₂, Baltimore 167¹/₂, Canada 175¹/₂, Türken 149¹/₂, Darmstadt 134¹/₂, Preuss. Bk. 847¹/₂, Harpener 194¹/₂, A. E. G. 228¹/₂.

Nachfrage- und Angebot-Preise von Kali-Kuxen,

	Angebot		Nachfrage	
	Preis	Frage	Preis	Frage
Adler-Kali V.-A.	62	67	62	67
Alexandershall	7250	7300	7250	7300
Besenecke	4800	5000	4800	5000
Burbach	11 800	12 000	11 800	12 000
Cassandafeld	6000	6200	6000	6200
Ceislenthal	—	—	—	—
Desdemona	—	5500	—	5500
Dsch. Kali-Akt.	100	101	100	101
Deutscher	3200	3200	3200	3200
Friedrichshall	—	94	—	94
Glückau	—	—	—	—
Hörschhausen	15 800	16 300	15 800	16 300
Glückenthal	400	410	400	410
Hann. Kali Akt.	37	40	37	40
Hansa	2950	2950	2950	2950
Hawth. Vorr.-A.	145	150	145	150
Deutscher	55	55	55	55
Heldringen I	1200	1300	1200	1300
Heldringen II	1050	1100	1050	1100
Hermann II	1785	1855	1785	1855
Hohensoll	6900	6900	6900	6900
Hohensoll II	3880	3450	3880	3450

Waren und Produkte.

Getreide.
Berliner Produktendörse, 17. Febr. Am Frühmarkt notierten: Weizen mittel, 117-118, Roggen III, 108-109,50, Hafer, malteser mecklenburg, 118-120, pommerener, preuss. russischer u. schlesischer frei 118-124, mittel 113-118, gering 110-115, russischer mittel u. gering 110-115, — Mais, rund, 164,00-167,00, Gerste, inland, Futtergerste mittel und gering 164-168, ganz 165-168, russische und Donau (achte 167 bis 161, Irten inland und ausländischer Futtergerste 168-168, kleine — Weizenmehl 90,50-93,50, Roggenmehl I u. II 80,75-82,50, Weizenmehl II 78-80,00, Roggenmehl I 110-112,00, (Alles frei Bahn).
Hamburg, 17. Febr. Getreide- und Mehlmarkt. Weizen fest, Ostholst. Mecklbg, 223 2/3 Roggen ruhig, Mecklbg. und Pomm. 166-172 Gerste ruhig, 80,00, 110-112 Hafer fest, Holst. 110-115, Mecklenburger 112-118. Mais fest, La Plata 122-124 mittel, 124-127, Rogg. —
Liverpool, 17. Febr. Roter Winterweizen per März 1,10¹/₂, per Mai 1,10, Rogg. Mais, bunter, amerikanischer per März 5¹/₂, per Mai 5¹/₂, Ruhig.
Antwerpen, 17. Febr. Deutscher La Plata, Kontrakt B. per Februar 5,40, März 5,42¹/₂, April 5,44¹/₂, Mai 5,40, Juni 5,40 Febr. Umsatz 115,000 Q.
London, 17. Febr. Barmark. Aus der Käste angenehme Weizenladungen zum Verkauf — angeborene Weizenladungen. Weizen fester, Mais schwach, Gerste ruhig, Hafer gestiegen.

Zucker.

Hamburg, 17. Febr. Rübenzucker, I. Produkt, Basis 88 ¹ / ₂ , Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg	vorm.	nachm.	abends
per Februar	20,00	20,00	20,00
per März	20,15	20,40	20,40
per Mai	20,40	20,40	20,40
per August	20,75	20,75	20,75
per September	19,50	19,50	19,50
per Oktober	19,40	19,40	19,40
	ruhig	steil	behaupet

Kaffee.

Hamburg, 17. Febr. Good average Santos	vorm.	nachm.	abends
per März	84 ¹ / ₂ Gd.	84 Gd.	84 Gd.
per Mai	84 ¹ / ₂ Gd.	84 Gd.	84 Gd.
per September	82 ¹ / ₂ Gd.	82 Gd.	82 Gd.
per Dezember	82 ¹ / ₂ Gd.	81 ¹ / ₂ Gd.	81 ¹ / ₂ Gd.
	still	mat	behaupet

Rio de Janeiro, 17. Febr. Kaffee-Zufuhren 9 000 Sack in Rio 25 000 Sack in Santos.
London, 17. Febr. Kaffee good average Santos per März 45, per Mai 42¹/₂, per Sept. 41¹/₂, per Dez. 41¹/₂, Ruhig.

Spiritus.
Nordhausen, 17. Febr. Branntwein 40 Vol. Prom. für 100 kg (105-108 l) 60,50-61,50 Mk., 40 Vol. Prom. für 100 kg (105-107 l) 61,50-62,50 Mk. per Ioko-Lieferung ohne Fass ab Brenneren.

Fettwaren und Öle.
Köln, 17. Febr. Rüböl Ioko 68,00, per Mai 60,00.
Hamburg, 17. Febr. Stadtschmalz 58,00, amerik. Stearin 49,50, Chamberlain 49,50, Ruhig.

Kartoffelmehl und Stärke.
Berlin, 17. Febr. Kartoffelmehl und -Stärke 20,45-20,75, Feuchte Stärke 11,10.
Magdeburg, 17. Febr. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 120 kg 20,00-20,10.

Chemische Produkte.
Hamburg, 17. Febr. Chlorsulphat per März 9,25, April 9,25, frei Liverpool Hamburg.

Wolle.
Bremen, 17. Febr. Baumwolle ruhig, Upl. loko middl, 48,75 Pig. Liverpool, 17. Febr. Baumwolle, Umsatz 7 000 Ballen, davon Import 51 000 Ballen, davon Amerikaner 41 000 Ballen, Steag. Liverpool, 17. Febr. Aegyptische Baumwolle per März 7,00, Alexandria 6,75, Febr. Aegyptische Baumwolle per März 10,95, Mai 10,15, Nov. 10,08.

Berliner Viehmarkt.

Berlin, 18. Februar. (Städtischer Schlachtviehmarkt.) Amlicher Bericht der Direktion. Es standen zum Verkauf: 453 Hühner, 288 Kalber, 933 Schafe und 15 387 Schweine. Besucht wurden für 100 Pfd. oder 50 kg Schlachtgewicht im Marktbauer, für 1 Pfd. u. Pfg. Kälber: a. feinste Mastkälber (Vollmohnt) und beste Saugkälber 85-90 Mk., b. mittlere Mastkälber, und gute Saugkälber 75 bis 80 Mk., c. geringe Saugkälber 45-50 Mk., d. ältere geringe Saugkälber 35-40 Mk., e. ältere Mastkälber 45-50 Mk., f. Mastkälber und jüngere Mastmähnen 65 bis 70 Mk., g. ältere Mastmähnen 61-65 Mk. u. mässige genährte Hammel und Schafe (Marschante) 30-35 Mk. u. w. s. w. — Man zahlte für 100 Pfd. mit 30 Proz. Tara; a. vollbesetzte der jüngeren Gesees und deren Kreuzungen 61-65 Mark, b. besonnte 65-66 Mk., c. gering gewickelte 62-64 Mk., d. Saunen 62-64 Mk.
Tendenz: still und Tendenz. Von Rinderprämien blieben etwa 75 Stück unverkauft. Der Kälberhandel gestaute sich ruhig. Ausgeseuchte Kälber brachten Preise über Notiz, bei den Schafen fand der Bestand bis auf wenige Stück Absatz. Der Schweinemarkt verlief ruhig und wird gestaut.

Metalle.

London, 17. Febr. Chlorkalium ruhig 98¹/₂, 8 Mon. 98¹/₂, Binn Straits stetig 116, 8 Mon. 117¹/₂, Bld span. 121¹/₂, englisch 121¹/₂, Zink, gewöhnliche Marke, ruhig 21¹/₂, spez. Marke 21.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldungen via Asoren-Inden.
New York, 17.2. 16.2. Chicago, 17.2. 16.2.
Weizen p. Mai 117¹/₂, 117¹/₂, Weizen p. Mai 114¹/₂, 114¹/₂.
Mais p. Juli 108¹/₂, 107¹/₂, Mais p. Juli 100¹/₂, 100¹/₂.
Mais p. Juli 73¹/₂, 73, Mais p. Juli 65¹/₂, 65¹/₂.
Mehl Spring Clear 4,30 4,30 Haier p. Mai 64¹/₂, 63¹/₂.
Kaffee Fair Rio Nr. 7,00 7,00 — Juli 48¹/₂, 48¹/₂.
— p. Febr. 6,45 6,45 — Boston p. Mai 67¹/₂, 67¹/₂.
— p. März 6,45 6,45 Schmalz p. Juli 9,77 9,72.
Petroleum in Cases 10,90 10,90 — Mai 9,65 9,60.
do. in New York 8,50 8,50 —
do. in Philadelphia 8,95 8,95 —
Tendenz: Weizen fest, Mais fest.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null)

Stelle und Ustrahl.	18. Febr.	17. Febr.	16. Febr.	15. Febr.
Artern, Brückenpegel	+2,06	+2,06	+2,06	14
Nebra, Oberpegel	+1,28	+1,28	+1,28	— 20
Unterpegel	+1,75	+1,75	+1,75	5
Waldenau, Oberpegel	+1,10	+1,10	+1,10	—
Unterpegel	+1,10	+1,10	+1,10	—
Yroth, —	+2,60	+2,60	+2,60	—
Aleoban, Oberpegel	+1,16	+1,16	+1,16	16
Unterpegel	+1,16	+1,16	+1,16	—
Bernburg, —	+2,00	+2,00	+2,00	23
Kalbe, Oberpegel	+1,88	+1,88	+1,88	6
da, Unterpegel	+1,88	+1,88	+1,88	34

Febr.

